

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Wie viele
»Rettungsschirme«
noch?



Heute Griechenland – **morgen wir**
EU macht den Kotau vor dem Kapitalmarkt
Staatsentschuldung **möglich?**

Liebe Leserinnen und Leser,

Die meisten von uns waren doch zunächst überrascht, als bekannt wurde, dass sich die EU-Finanzminister quasi übers Wochenende veranlasst sahen, insgesamt 500 Milliarden zur Rettung des Euro bereit zu stellen. Schon wieder eine Krise? Gerade erst waren 80 Milliarden Euro an Finanzhilfen für Griechenland gewährt worden, da wurde schon der nächste »Rettungsschirm« aufgespannt. Wo es doch durch den deutschen Banken-Rettungsschirm von 2008, der Bürgschaften und Finanzspritzen für angeschlagene Finanzinstitute ermöglichte, noch durchtropft auf die Steuerzahler ...

Müssen wir das alles hinnehmen, weil sonst das europäische Währungssystem zusammenbricht? Die Europäische Zentralbank steht unter Druck. Erstmals kauft sie selbst wenig vertrauenswürdige Anleihen hochverschuldeter Staaten und gibt dafür Geld in den Markt. Wer hat Schuld? Die Griechen? Die Spekulanten? Die gierigen Banker? – Und helfen uns diese Rettungsschirme tatsächlich?

»Gerettet« werden letzten Endes die Anleger, die sich verzockt haben, die Gläubiger, deren Vermögen nun weiter wachsen können. Nicht die griechischen Bürger, die erneut erhebliche soziale Einschnitte erleben. Um von dem, was sie erarbeiten, noch mehr für den Schuldendienst abzweigen zu können, werden die öffentlichen Ausgaben gekürzt und die Massensteuern erhöht. Auch von uns anderen Europäern wird bei dieser Art von Politik immer mehr Steuergeld in den Zinsendienst statt in Bildung, Umweltschutz oder Soziales wandern. Die Staatsverschuldung nimmt überall weiter zu und Haushaltssanierungen, geschweige denn Entschuldungen sind de facto illusorisch.

Doch statt Kapitalschnitte zu machen und geregelte Schuldenerlasse zu or-

ganisieren, wird überall der Schuldendienst fortgesetzt, finanziert durch neue zinspflichtige Kredite. Warum lassen wir uns das gefallen? Warum lassen wir uns einlullen durch jeden noch so kleinen Hoffnungsschimmer eines neuen Aufschwungs, der uns wieder Wachstum bringen könnte? Statt zu erkennen: Zwanghaftes Wirtschaftswachstum macht uns nicht glücklicher. Wir leben in einem zerstörerischen Schuldgeld-System. Dieses System brauchen wir nicht zu retten – wir brauchen Rettungsschirme für die Menschen!

Das können Regiogelder sein, Genossenschaften und Tauschringe, die die regionale Wirtschaft stärken und Menschen miteinander vernetzen. Aber auch auf größerer Ebene brauchen wir Alternativen: Dazu gehören umlaufgesichertes Geld, Insolvenzregelungen und eine Internationale Clearing-Institution, wie sie John Maynard Keynes einst vorgeschlagen hat, um die Entstehung extremer Ungleichgewichte zwischen Staaten zukünftig zu verhindern.

Helfen Sie mit, diese Art von Rettungsschirmen zu spannen, dann scheint bald wieder die Sonne!

Ihre
Beate Bockting



Beate Bockting

Inhalt

- 3** Roland Rottenfuß: Heute Griechenland – morgen wir
- 6** Andreas Bangemann: EU macht den Kotau vor dem Kapitalmarkt
- 8** Helmut Creutz: Staatsentschuldung möglich?
- 10** Zum Gedenken an Prof. Dieter Suhr
- 11** Dieter Suhr: Den Jokervorteil des Geldes abschaffen
- 12** Termine
- 13** INWO Deutschland
- 16** INWO Schweiz
- 18** Die Lösung der Blockierung ist die Lösung – Interview mit Prof. Bernd Senf
- 21** Medienspiegel
- 22** Buchvorstellungen
- 23** Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 6. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2010, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: Beate Bockting (V.i.S.d.P.), Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.500 Exemplare; davon 700 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: fotolia.com, ©Stefan Körber/cvp-design; INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Kostas Koufogiorgos; 4: pixelio.de, ©K.-U. Gerhardt; 5: Erich Lange; 6: pixelio.de, ©S. Bellach; 7: pixelio.de, ©G. Havlena; 8: pixelio.de, ©O. Haja; 9 + 10: Grafiken von Helmut Creutz; 12: pixelio.de, ©Joss; 14: Dirk Grabowski; 15: Erich Lange; 16: Monica Gassner-Rusconi; 17: Hendrik Barth; 19: pixelio.de, ©Kraftprotz; 20: pixelio.de, ©K.-U. Gerhardt; 21: pixelio.de, ©S. Hofschläger; 22: fotolia.com, ©A. Lindert-Rottke

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Heute Griechenland - morgen wir

Überschuldete Haushalte sind kein Zufall. Sie entsprechen der Logik des Systems und werden inszeniert. Griechenland war erst der Anfang. Was heute dort geschieht, kann morgen auch bei uns geschehen, meint Roland Rottenfuß.

Nun hat es also auch eine klassische europäische Nation getroffen. Und weder die Schweiz noch die reichen EU-Staaten sollten sich der Illusion hingeben, sie würden für immer von einer Entwicklung wie in Griechenland verschont bleiben. Griechenland ist ein Bild dessen, was ihnen in der Zukunft widerfahren könnte. Staatsbankrotte sind die natürliche Folge einer Entwicklung, die über Jahrzehnte zu beobachten war und die in der Natur des Zinssystems angelegt ist. Alle Anstrengungen, die Staatsverschuldung abzubauen oder auch nur zu stoppen, scheitern nicht nur an der Eigendynamik der Exponentialkurve, sondern auch an den Interessen der mächtigen Profiteure und

an der Schwäche der Volksvertreter, die sich ihnen ausgeliefert haben.

Verschuldung verleiht dem Geld – und damit denen, die es besitzen – eine überproportionale Bedeutung, die für das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb einer Gesellschaft tödlich ist. Wer in einer Situation, wo Geld an allen Ecken und Enden fehlt, über ausreichende Liquidität verfügt, bestimmt die Gesetze des Handelns. Er kann dem Bittsteller – also uns allen – seine Bedingungen aufzwingen. Wie man am Beispiel vieler Länder der Dritten Welt und jetzt am Beispiel Griechenlands gesehen hat, läuft es immer auf das gleiche hinaus: »Wir retten euch, aber nur unter ganz bestimmten Be-

dingungen: Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau.«

Hungern für den Schuldendienst

Afrika hat längst erlebt, was den europäischen Ländern blühen könnte. Der 1999 verstorbene Präsident von Tansania, Julius Nyerere, sagte: »Müssen wir weiter unsere Kinder verhungern lassen, nur damit wir unsere Schulden zurückzahlen können?« (Quelle: Jean Ziegler, »Die neuen Herrscher der Welt«.) Genau das ist es aber, was die Gläubiger der ärmsten Länder bis heute von diesen verlangen. Speerspitze der neuen globalen Feudalherren ist der Internationale Währungsfonds (IWF). Der frühere Ministerpräsident Hama Amadou von Niger sagte:



Zeichnung: Koufogiorgos



Das Mantra »Es ist Krise. Dies ist eine Ausnahmesituation.« macht Angst und gefügig.

»Vor dem IWF gibt es kein Entrinnen! Das ist der neue Kolonialherr«. Ist ein afrikanischer Staat Pleite, so schildert es Jean Ziegler in seinem Buch, müssen seine Minister als Bittsteller auf den Fluren des IWF-Büros warten. Geld gibt es immer nur gegen eine Absichtserklärung, von Ziegler als Erpressungswerkzeug bezeichnet. Die Absichtserklärung enthält immer die gleichen Reformvorschläge: Steuerdisziplin, Haushaltskürzungen, Privatisierung der nationalen Industrien und Ressourcen, Liquidierung der öffentlichen Dienste. Wie sollte man auch einer finanziellen Misere Herr werden, wenn nicht durch radikales Sparen? Meistens knicken die bedrängten Regierungen dann ein – und belasten ihre Ärmsten und Normalverdiener.

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang an, welche Forderungen die EU jetzt gegenüber Griechenland erhoben hat. Immer geht es um tiefe Einschnitte ins soziale Netz und bei den Gehältern von Staatsbediensteten. »Wir denken schon, dass zusätzliche Maßnahmen von Griechenland erforderlich sind«, sagte der deutsche Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen nach einem Treffen der EU-Finanzminister in Brüssel. Und er fügte hinzu, Griechenland müsse sich an dem messen lassen, was den ebenfalls hoch verschuldeten Ländern Lettland und Irland schon abverlangt wurde. Die Iren etwa senkten das Kindergeld um 10 Prozent, das Arbeitslosengeld um 4 Prozent, die Gehälter beim Öffentlichen Dienst gar um 15 Prozent (Quelle: Welt online).

Geldknappheit als »strategischer Hebel«

So war der Generalstreik der Griechen gegen die Sozialkürzungen sicher eine eindrucksvolle Demonstration von Widerstand. In Deutschland, in dem Generalstreiks gleich vorsorglich verboten wurden, wären wir froh um ein solch machtvolles Aufflammen des Volkszorns. Dennoch wird der Streik im Ergebnis wohl nichts bewirken können. Ministerpräsident Papandreou sagte schlicht, er habe für die Forderungen Verständnis, es gebe aber nun mal kein Geld. Man sieht, dass Geldknappheit der Dreh- und Angelpunkt ist, wenn es darum geht, den Volkswillen zu brechen. Selbst wenn eine überwältigende Mehrheit gegen Sozialabbau ist: Man kann ja leider Gottes nur das Geld ausgeben, das man hat. Die Tatsache, dass monströse Milliardenvermögen noch immer in den Händen der reichsten 10 Prozent gebunkert sind, wird natürlich verschwiegen, wenn man die Alternativlosigkeit von Reformen unterstreichen will.

Was den Griechen blühen könnte, sollten sie dem Druck der Straße nachgeben, machte die Ratingagentur S&P deutlich. Sie drohte, wenn der Aufstand der Massen das anvisierte radikale Sparprogramm zu Fall brächte, müsse man die Kreditwürdigkeit des Landes noch niedriger einstufen – schlechter als das ohnehin schon bedrohliche BBB+. Das könnte bedeuten, dass Griechenland entweder gar keine Kredite mehr bekommt oder nur zu erheblich höheren Zinsen. Anders ausgedrückt: Wem es schlecht geht, der wird, statt Hilfe zu bekommen, noch weiter geschröpft. Im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Demokratieabbau bedeutet dieser Vorfall auch: Institutionen ohne demokratische Legitimation – etwa dubiose Ratingagenturen, IWF oder Weltbank – üben zunehmend Macht aus über demokratisch gewählte. Kommt es dann zu einer direkten Willenskundgebung des Souveräns und läuft diese den Absichten der transnationalen Feu-

dalherren zuwider, so rennt dieser Impuls gegen eine Mauer von Arroganz und inszenierten Sachzwängen.

Das neoliberale Projekt steht vor dem Ziel

Das neoliberale Projekt seit den frühen 80er-Jahren war ein voller Erfolg. Ziel dieses Projekts war es meiner Meinung nach von Anfang an, die Dritte Welt in die Erste zu tragen und ein globales Feudalsystem zu schaffen. Die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wird in Kauf genommen, zu Gunsten finanzieller Privilegien einer mächtigen Minderheit.

Es sind diesbezüglich immer noch zu viele Illusionen im Umlauf – z.B. die Annahme, auf eine Phase neoliberaler Finsternis müsse naturgemäß ein neuer Morgen der Gerechtigkeit folgen. Manche träumen von einem neuen 1968. Ich will nicht behaupten, dass ein Aufbruch zum Besseren ausgeschlossen wäre. Ich warne nur davor, sich diese Wende zu leicht vorzustellen. Man muss nur die Grafik einer Exponentialkurve betrachten, um zu ahnen, dass wir auf eine Eskalation zusteuern. Der Kapitalismus (vor allem das Zinssystem, das sein Wesen ausmacht) funktioniert nicht wie die sanften Zyklen der Natur – sondern eher nach dem Prinzip zyklischer Totalzusammenbrüche.

Die »Schock-Strategie« wirkt

Katastrophen beinhalten jedoch – wie wir bei Naomi Klein nachlesen können – nicht unbedingt die Hoffnung darauf, dass die herrschende Kaste aus Scham über ihr Versagen von der Macht zurücktritt. Vielmehr bieten gerade Zusammenbrüche den Mächtigen eine perfekte Gelegenheit, noch perfidere Systeme der Unterdrückung und der Ausbeutung zu installieren. In ihrem Buch »Die Schock-Strategie« schrieb Naomi Klein: »Krisen sind in gewisser Weise demokratiefreie Zonen – Unterbrechungen der normalen Politik, wenn die Notwendigkeit für Einverständnis und Einvernehmen anscheinend suspendiert ist.« Deshalb ist es aus Sicht des neoliberalen Projekts auch wichtig, den Menschen über ihre medialen Sprachrohre immer wieder einzubläuen: »Es ist Krise. Dies ist eine Ausnahmesituation, in der außergewöhnliche Maßnahmen notwendig sind.«

Was ich beschrieben habe, sind natürlich Worst-case-Szenarien. Man könnte sich auch Hoffnungsvolleres ausdenken: Bestimmte Staaten lösen sich aus den europäischen und atlantischen Bindungen heraus

**Wir müssen uns von der Schulden-
tilgungslüge verabschieden. Die
Staatsschulden in der gegenwärtigen
Höhe können nicht mehr
zurückgezahlt werden, also sollte
man den arbeitenden Menschen
auch kein schlechtes Gewissen
deswegen einreden.**

und experimentieren – wie in Südamerika – mit einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Das Gezeter unter den Etablierten ist groß, und der erste Staat der ausschert, wird sich Schikanen und internationale Isolation gefallen lassen müssen. Einem Dominoeffekt folgend, werden allerdings immer mehr Staaten mit dem neuen Geist experimentieren. Bestandteile dieses Neuen Sozialismus könnten sein: Rücknahme jeglicher Privatisierung von Gemeingütern (Wasser, Energie, Bahn). Bodenreform mit dem Ziel, den Grundbesitz auf ein gesundes Maß zu begrenzen. Obergrenzen für Preise bei lebenswichtigen Gütern und Untergrenze für Löhne, damit verbunden auch ein Kaufkraftschub. Drastische Besteuerung von Übervermögen. Im Zusammenhang mit allen genannten Maßnahmen finanzielle Gesundung der Staatshaus-

ordneten Zahlungsstopp nach dem Grundsatz: Schuldentilgung ja, Zinszahlung ab einem gewissen Umfang nein!

Natürlich erfolgten die Vereinbarungen mit Gläubigern über Tilgung und Zins nach geltendem Recht, mit dem man nicht leichtfertig umgehen sollte. Wir müssen aber bedenken, dass der Punkt, an dem Schulden nicht mehr rückzahlbar sind, an dem also streng genommen Recht gebrochen werden muss, ohnehin kommen wird. Die Frage ist nur: Wann wagen wir es, den ohnehin notwendigen Zahlungsstopp durchzusetzen? Tun wir es jetzt, solange es uns noch leidlich gut geht, oder warten wir ab, bis das Sozialstaatsgebot der Verfassung, bis das Recht auf Leben, bis alle Gebote der Menschlichkeit gebrochen worden sind?

pa an den Vorfällen ganz unschuldig war. »Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass die Verantwortlichen bei der Europäischen Kommission, bei den einzelnen Ländern und bei der Europäischen Zentralbank EZB nicht um den Zustand wussten.« (Müller)

Die Griechen sparen, Banker verdienen

Als sicher kann gelten, dass diverse Bankhäuser dabei sind, an der Griechenlandkrise massiv zu verdienen. Laut »New York Times« schließen internationale Finanzhäuser derzeit Wetten auf eine griechische Staatspleite ab. »Spiegel online« schrieb dazu Ende Februar: »Das hoch verschuldete Land im Süden Europas droht laut »New York Times« durch einen massiven Angriff von Spekulanten in den Ruin getrieben zu werden. Bezeichnenderweise seien an den Spekulationen vor allem jene Banken beteiligt, die Griechenlands Haushalt andererseits stabilisieren, indem sie dem Staat seine Anleihen abkaufen. Mit anderen Worten: Die Banken sind an der hohen Verschuldung Griechenlands beteiligt – und wetten nun auf eine Pleite des Staats.« Zu den genannten Bankhäusern gehören laut »New York Times« auch die UBS und die Deutsche Bank. Im Fall einer Staatspleite würden diejenigen profitieren, die Versicherungen auf Kreditausfälle abgeschlossen hätten. »Es ist, als kaufe man eine Feuerschutzversicherung für das Haus des Nachbarn. Sie schaffen einen Anreiz, das Haus abzubrennen«, interpretiert der Banker Philip Gisdakis den Vorgang.

Wie in Max Frischs Stück »Biedermann und die Brandstifter« scheinen die biedereren europäischen Völker jedoch wild entschlossen, die Zündler, die sich in ihrem Haus breit gemacht haben, für anständige Leute zu halten – selbst dann noch, wenn diese fast überdeutlich zu verstehen geben: »Ja, wir sind Brandstifter«. Es fragt sich, wann wir den Mut haben werden, die Brandstifter nicht nur als solche zu benennen, sondern ihnen endlich auch die Brandfackeln zu entreißen. ■

ROLAND ROTTENFUSSER, Jg. 1963, Germanist und Romanist, war lange Zeit zum Teil freiberuflich als Lektor und Journalist für Agenturen und Verlage tätig. Sein Markenzeichen sind bis-sige Satiren. Zur Zeit ist er Redakteur beim Schweizer Magazin »Zeitpunkt« und bei Konstantin Weckers Webmagazin »Hinter den Schlagzeilen«.



Dieser Artikel wurde leicht gekürzt. Die originale Langfassung erschien erstmals in der Schweizer Zeitschrift »Zeitpunkt«: www.zeitpunkt.ch



halte und mehr Handlungsspielraum für den Staat, der allen Menschen zugute kommt.

Schluss mit unbegrenzten Zinszahlungen!

Die wichtigste Maßnahme, die zu ergreifen wäre, betrifft jedoch die Staatsverschuldung. Wie alle konkreten Taten muss sie im Denken vorbereitet werden und verlangt ein gewisses Maß an Mut: Wir müssen uns von der Schuldentilgungslüge verabschieden. Die Staatsschulden in der gegenwärtigen Höhe können nicht mehr zurückgezahlt werden, also sollte man den arbeitenden Menschen auch kein schlechtes Gewissen deswegen einreden. Diese sind durch ihre kollektive Zahlungsunfähigkeit lediglich Vollstrecker einer historischen Notwendigkeit geworden. Die Forderung, dass die Steuerzahler geliehenes Geld an Privat-Gläubiger zurückzahlen sollten, ist im Prinzip legitim; die Forderung, wir sollten über Generationen ein Vielfaches an Zins und Zinseszins berappen, so lange, bis uns die Luft zum Atmen ausgeht, ist allerdings nicht nur illusorisch, sie ist auch ethisch verwerflich. Wir brauchen endlich ein Insolvenzverfahren für den Staat, einen ge-

Weise kommen wir nie aus der Schuldenfalle heraus. Scheint irgendwo am Horizont Erleichterung in Sicht zu sein, zwingt eine noch größere Krise, ein noch größerer Finanzbedarf den Staat zu immer unverantwortlicheren Anleihen bei unser aller Zukunft. Profiteure sind stets die Groß-Gläubiger, die sich damit das Erstzugriffsrecht auf einen wachsenden Anteil der Arbeitserträge künftiger Generationen sichern. Nicht der solvente Schuldner ist für solche Gläubiger rentabel, sondern der hoffnungslos überschuldete, denn er bringt ihnen über die Jahre ein Vielfaches der ursprünglich geschuldeten Summe ein. Ist es da nicht wahrscheinlich, dass Überschuldung auch bewusst inszeniert wird?

In mehreren Zeitungen wurde berichtet, dass der US-Finanzriese Goldman Sachs Griechenland dabei geholfen habe, das wahre Ausmaß seiner Verschuldung mit Finanztricks zu verschleiern bzw. die Schulden in die Zukunft zu verschieben. Europäische Regierungen (und Mainstream-Medien) geben sich nun empört über diesen Betrug. Kritische Autoren wie Simon Johnson und Albrecht Müller hegen allerdings Zweifel daran, ob Euro-

EU macht den Kotau vor dem Kapitalmarkt

Mit 750 Milliarden Euro, davon 500 Milliarden von den EU-Ländern und 250 Milliarden vom IWF, zeigt die Politik dem Finanzmarkt seine Ehrerbietung. Deutschland beteiligt sich mit bis zu 148 Milliarden Euro am »Rettungsschirm« für den Euro.

Der »Kaiser« Finanzmarkt bedankte sich artig mit einem eintägigen Kursfeuerwerk für die großzügigen Zusagen, um am nächsten Tag schon wieder zum »business as usual« zurückzukehren und den Überlegungen Raum zu geben, wie man am schnellsten an dieses zunächst nur als Bürgschaft bereitgestellte Geldpaket kommen kann.

Der Staat, handelnd durch die von uns gewählten Volksvertreter, hat sich dem Treiben am internationalen Finanzmarkt vollkommen untergeordnet. Die markigen Sprüche von der Kontrolle dieses scheinbar unzählbaren Treibens sind nichts als Lippenbekenntnisse, die den WählerInnen suggerieren sollen, man habe noch Einflussmöglichkeiten. Doch damit ist es vorbei.

Explodierender Kapitalmarkt

Leider werden verlässliche Zahlen zu den Entwicklungen am Kapitalmarkt nur mit starker Verzögerung veröffentlicht. Laut Dossier zur Globalisierung, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) und basierend auf Statistiken der OECD, haben sich die Geldvermögen, die durch institutionelle Investoren am Finanzmarkt verwaltet werden, von rund 3 Billionen US-Dollar im Jahr 1980 auf 55 Billionen US-Dollar im Jahr 2005 nahezu verzwanzigfach.

»Institutionelle Investoren (II) sind Unternehmen, die Kapital von Haushalten oder anderen Unternehmen sammeln und auf den Kapitalmärkten gebündelt anlegen. Es handelt sich überwiegend um große Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds. Zuletzt kamen auch Spezialformen wie Private Equity Firmen und Hedgefonds dazu, die meist nur wenigen sehr vermögenden Geldbesitzern offen stehen.

Daten über institutionelle Investoren werden von der OECD für die 28 Mitgliedsstaaten dieser Organisation veröffentlicht – allerdings mit großer zeitlicher Verzögerung.« (Zitat aus dem bpb-Bericht)

Mit börsengehandelten Finanzderivaten wurden nach dem gleichen Bericht 2005 Um-

sätze von 1.408 Billionen Dollar getätigt. Bei Derivaten, einem der am stärksten wachsenden Finanzinstrumente, handelt es sich um »Termingeschäfte, die entweder standardisiert über Börsen oder in nicht-standardisierter Form (= over the counter, OTC) gehandelt werden. Sie dienen der Absicherung anderer Geschäfte gegen Preisänderungen oder der Spekulation«. Die genannte Höhe der Umsätze bezieht sich auf die Werte (underlyings) dieser anderen Geschäfte. Da die OTC-Derivate in der Regel nicht gehandelt werden, tauchen sie in der Statistik nicht auf.

Ungleiche Pokerpartie

Aufgrund der Steigerungsraten von verwalteten Vermögen und getätigten Umsätzen kann man für 2010 noch einmal von wesentlich höheren Beträgen ausgehen. Zur Veranschaulichung der Verhältnisse setzen wir dennoch die für die Rettung bereitgestellten 750 Milliarden Euro (ca. 945 Milliar-

den US-Dollar) nur zu den Zahlen von 2005 ins Verhältnis.

Bezogen auf das damalige Handelsvolumen der Derivate macht das 750 Milliarden Euro Rettungspaket lediglich knapp 0,7 Promille davon aus. Oder anders ausgedrückt: An jedem einzelnen Handelstag der Börse sind die Derivate-Umsätze rund sechsmal so hoch wie das gesamte Rettungspaket.

Der Staat setzt sich zu einer Pokerpartie mit einem Gegner an den Tisch, der ein Vielfaches an Geld als Einsatz dabei hat. Wer da wohl als Verlierer vom Tisch geht? Im Vergleich zum verwalteten Vermögen von 55 Billionen US-Dollar in 2005 sind die 750 Milliarden Euro weniger als 2%.

Explodierende Vermögen

Der Finanzmarkt sitzt aufgrund seines immensen Volumens am längeren Hebel. Will man zu vernünftigen Strategien und vor allem zu politischem Handeln kommen, das wahr macht, was alle Politiker, einschließlich



Die Nymphaea eximiae maxima ist eine ganz besondere Seerose: Sie wird in einen Teich gesetzt und wächst so rasch, dass sie am folgenden Tag jeweils eine doppelt so große Fläche bedeckt wie am Vortag. Bald ist der Teich völlig zugewachsen.



Wie viele »Rettungsschirme« werden wir noch brauchen?

Barack Obama in den USA, vorgeben zu wollen, nämlich der Politik den Vorrang vor dem Kapitalmarkt zu geben, dann muss man sich zweierlei fragen:

1.) Wie kam es zu diesen immensen Summen, die explosionsartig diesen Markt innerhalb weniger Jahre so mächtig gemacht haben?

2.) Wie führen wir die Rolle dieses Finanzmarktes wieder auf das Maß zurück, das er noch bis in die 80er Jahre hatte und das wieder in einem gesunden Verhältnis zur Realwirtschaft steht?

Die Geldvermögen in Deutschland und weltweit sind in den letzten Jahren explodiert. Das anfänglich so schleichend daher kommende Wachstum einer Exponentialfunktion, wie es uns in der Schule am Beispiel eines Seerosenteiches anschaulich gemacht wurde, entfaltet eine geradezu überwältigende Entwicklung. Doch was geschieht, wenn die Größe, die der exponentiell wachsenden die »Nahrung« liefern muss, selbst nicht in der Lage ist, exponentiell zu wachsen? Weder die menschliche Leistung noch die Ressourcen der Natur – und demnach auch nicht die Realwirtschaft, welche in der Zahl des BIP errechnet wird – können exponentiell wachsen. Sie sind den Gesetzen der Natur unterworfen. In der Natur gibt es einen »Selbstdämpfungs-Mechanismus« für alle Wachstumsprozesse. In der Physik verwendet man dafür den Begriff »negative Rückkopplung«, eine im Grunde positive Eigenschaft, weil sie begrenzend und das Gesamtsystem schützend wirkt.

Die Geldvermögen und mit ihnen zwangsläufig die Schulden schaffen sich eine eigene Welt, in der es keine Selbstdämpfung zu geben scheint! In dem Maße, in dem die Realwirtschaft die mit mathematischer Genauigkeit wachsenden Geldvermögen aufgrund eingeschränkter Wachstumsfähigkeit nicht

mehr gebrauchen bzw. nicht mehr mit ausreichend Profit bedienen kann, wandern diese in den Kapitalmarkt ab. In Zeiten des Wirtschaftswunders und noch einige Zeit danach, brauchte man alles Ersparte, um den Motor der Wirtschaft am Laufen zu halten. Spätestens zu Beginn der achtziger Jahre änderte sich das. Bis zum heutigen Tage sind Geldvermögen und Schulden 6-mal schneller gewachsen als die Leistung, aus der heraus diese Größen bedient werden müssen. Mit der Auseinanderentwicklung der Größen BIP (Bruttoinlandsprodukt) und Geldvermögen ist die Macht des Finanzmarktes unerbittlich gewachsen. Die Macht des Finanzmarktes und die Ohnmacht der Politik sind das Produkt einer Entwicklung, die auf einfachen mathematischen Gesetzen beruht. So banal sich das anhört, so wahr ist es dennoch. Niemals war das Volumen dieses Marktes auch nur annähernd vergleichbar groß. Und wo Massen von Geld sind, da ist die Macht. Zumindest so lange, wie Geld, Zins und Zinseszins die alles bestimmenden Größen in der Wirtschaft sind.

Insolvenzregelungen

Ungleich schwerer ist die 2. Frage zu beantworten: Wie schaffen wir es, die bereits eingetretenen Entwicklungen wieder auf ein gesundes Maß zurückzuführen?

Dazu bietet sich ein Instrument an, das zum Kapitalismus gehört wie der Zinseszins: die Insolvenz. Würde der Staat oder – im Falle von zahlungsunfähigen Ländern – die EU in die Rolle eines Insolvenzverwalters schlüpfen und klug planend und handelnd eine geregelte Insolvenz sowohl für Banken als auch für ganze Staaten betreiben, könnte dem Finanzmarkt jene unverhältnismäßige Überentwicklung wieder genommen werden, die ihn jetzt so mächtig macht, dass keine Politik der Welt ihn mehr in den Griff bekommt.

Die Schulden sind in den heutigen Größenordnungen nicht mehr rückzahlbar. Im Rahmen von Insolvenzverfahren käme es zu erheblichen Reduzierungen von Geldvermögen und Schulden. Diese Reduzierung sozial ausgewogen zu gestalten, wäre eine wichtige Aufgabe der Politik. Dennoch sei angemerkt, dass der von der Politik so gerne nach vorne gestellte »kleine Sparer« in Wahrheit am Kapitalmarkt keine allzu große Rolle spielt, denn die weltweit auseinandergehende Schere der Vermögensverteilung spiegelt sich auch am Kapitalmarkt wieder: 10% der Menschen halten 85% der Geldvermögen. Im Insolvenzfall träfe der Verlust also vor allem jene, die sowieso sehr viel haben.

Die jetzige Politik setzt jedoch genau das umgekehrte Zeichen. Über die Steuern werden jedem Bürger Lasten aufgebürdet, wovon ausschließlich die reichsten der Reichen profitieren, weil deren Geldanlagen gesichert werden.

Nachhaltigkeit

Die heute spürbaren Auswirkungen der Krise sind ursächlich auf die Geldvermögens- und Schuldenexplosion zurückzuführen. Diese Explosion wiederum ist das Ergebnis des Zinseszinses. Dass er seine Wirkung in der Wirtschaft voll entfalten konnte, hängt mit der durch Menschen installierten Geldordnung zusammen. Eine Geldordnung, der die negative Rückkopplung, jenes in der Natur allen Wachstumsprozessen zugrunde liegende Prinzip, fehlt.

Die bereits entstandenen Ungleichgewichte lassen sich in der jetzt noch einigermaßen friedlichen Phase der offenbar werdenden Zahlungsunfähigkeiten durch ein klug angewendetes Insolvenzrecht zurückführen. Darin liegt auch eine große Chance für die Politik, wieder das Primat über die Finanzmärkte zurückzugewinnen und ihnen eine rein dienende Rolle zuzuweisen.

Um uns in Zukunft vor derlei bedrohlichen Exzessen zu schützen, brauchen wir dann noch eine Geldordnung mit negativer Rückkopplung. Die vor allem im Hinblick auf Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Generationengerechtigkeit geforderte Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden, wenn auch unsere Geldordnung den Regeln der Nachhaltigkeit unterworfen wird. ■



ANDREAS BANGEMANN ist INWO-Mitglied und seit 1996 aktiv in Organisationen im Bereich Geld- und Bodenreform tätig. Seit 2006 ist er Chefredakteur der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT, www.humane-wirtschaft.de

Staatsentschuldung möglich?

Im Jahr 2003 hatte der Steuerzahlerbund einmal ausgerechnet, dass der Staat, bei einer monatlichen Tilgung von einer Milliarde Euro, 110 Jahre brauchen würde, um seine Schulden loszuwerden. Obwohl man eine Milchmädchenrechnung aufgemacht hatte, war schon damals klar, dass eine Entschuldung des Staates illusorisch ist.

Die 110 mal 12 Milliarden ergaben jene 1.320 Milliarden Euro an Schulden, die Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland bis ins Jahr 2002 über Kreditaufnahmen angesammelt hatten. Allerdings hatte der Steuerzahlerbund diese Rechnung »ohne den Wirt«, bzw. ohne den Zins aufgemacht. Denn

heißt, die in der Tilgungszeit von 141 Jahren tatsächlich aufzubringenden Lasten liegen nicht bei 1.692 Mrd, sondern, einschl. der 5% Verzinsung in Höhe von 5.922 Mrd, insgesamt bei 7.614 Mrd! Und zwar unter der Voraussetzung, dass es in den ganzen 141 Jahren zu keinen Neukreditaufnahmen kommt!

Zutreffend wäre die Rechnung des Steuerzahlerbundes nur dann, wenn der Zins bei null liegen würde, was zweifellos die beste Lösung wäre.



Schon die Milchmädchenrechnung des Steuerzahlerbundes zeigt: Die Entschuldung des Staates ist kein realistisches Rettungsboot. Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden!

während dieser 110 Jahre müssen nicht nur die Tilgungszahlungen aufgebracht werden, sondern – wie bei jeder Hypothek – zusätzlich auch noch die laufenden Zinsen!

Gehen wir nun von den Schulden des Staates am Ende des Jahres 2009 in Höhe von 1.692 Mrd aus (nach Maastrichtkriterien sogar 1.768 Mrd!), dann würde man für die Tilgung – bei einer Milliarde pro Monat – bereits 141 Jahre benötigen. Rechnet man jedoch die jährliche Verzinsung von z.B. 5% hinzu, und zwar bezogen auf den mittleren Schuldenstand in der Tilgungszeit von 846 Mrd, dann ergibt sich im Jahresdurchschnitt außerdem eine Zinsbelastung von rund 42 Mrd, die sich mit den 12 Mrd für die Tilgung insgesamt auf 54 Mrd p.a. addieren. Das

Und das heißt auf der anderen Seite wiederum, dass die Bürger, die dem Staat das Geld geliehen haben, nicht nur ihre 1.692 Mrd zurück erhalten, sondern, als zusätzliche Zinsbelohnung noch jene 5.922 Mrd obendrauf! Und dieses Draufgeld wiederum fehlt in gleicher Höhe allen anderen in der Tasche!

Außerdem hatte der Steuerzahlerbund bei seinen Entschuldungsplänen auch noch vergessen, dass im gleichen Umfang, wie die Staatsschulden durch Tilgungen abgebaut werden, die Unternehmen und Privathaushalte ihre Verschuldungen ausweiten müssen! Denn finden die Banken keine neuen Kreditnehmer für die vom Staat getilgten Beträge, dann würden sie auf den weiterhin zu verzinsenden Einlagen ihrer Kunden sitzen blei-

ben und in der Wirtschaft würde das Geld fehlen, das sich bei den Banken zunehmend ansammelt!

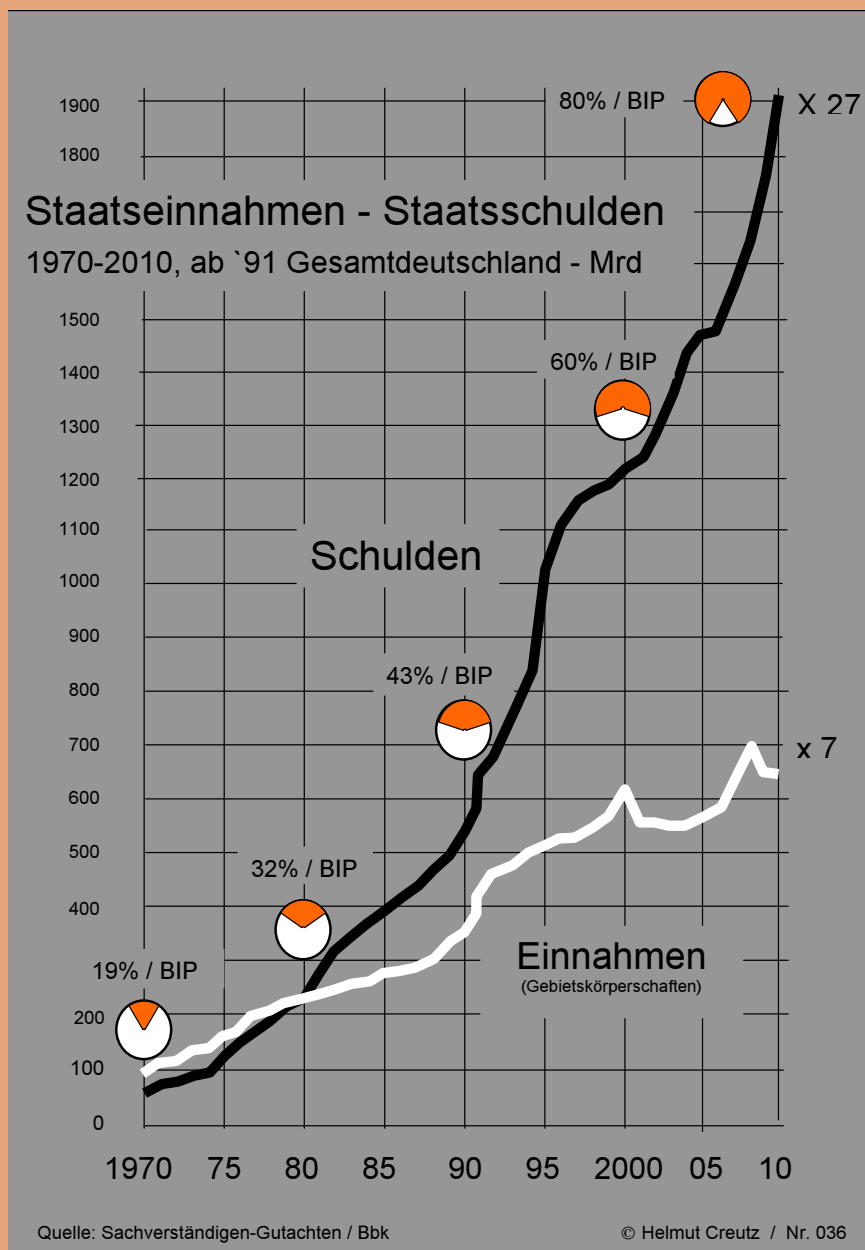
Ohne Probleme könnten die öffentlichen Tilgungen also nur dann funktionieren, wenn die Sparer ihre Einlagen in gleicher Höhe abbauen und das Geld für Konsum und Investitionen ausgeben würden! – Aber das ist kaum zu erwarten.

Zutreffend wäre die Rechnung des Steuerzahlerbundes also nur dann, wenn der Zins bei null liegen würde, was zweifellos die beste Lösung wäre, und das nicht nur im Hinblick auf die staatliche Schuldenmisere. Denn die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft, die wir mit Zinsen zu bedienen haben, war Ende 2009 mit 7.500 Milliarden Euro bereits fast viereinhalb Mal so hoch wie die des Staates!



HELMUT CREUTZ, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« (2001).

Im Jahr 2004 sind »Die 29 Irrtümer rund ums Geld« erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.



In der Darstellung wird die Entwicklung der gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften mit den öffentlichen Schulden in Deutschland verglichen, und zwar für den Zeitraum von 1970 bis 2010.

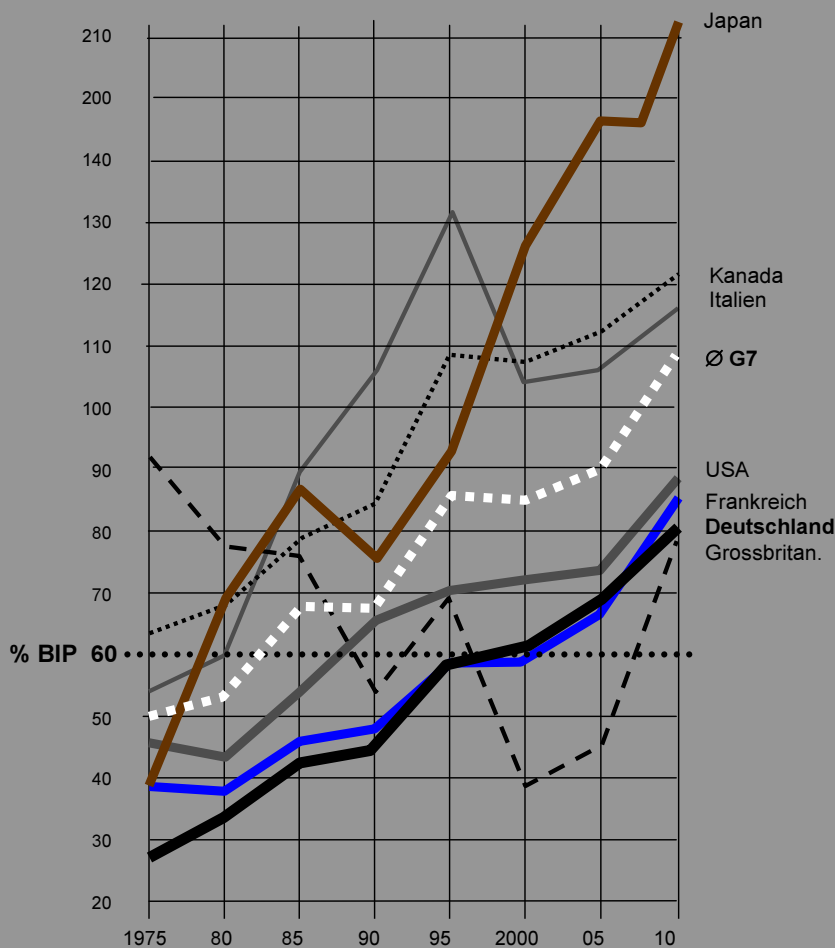
Erkennbar ist, dass in den ersten 70er Jahren die Verschuldungshöhe noch unterhalb der Einnahmen lag und sich in etwa parallel dazu entwickelte. Ab 1974 nahmen die Schulden jedoch rascher zu als die Einnahmen. Beschleunigt wurde diese Scherenöffnung besonders in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Einmal bedingt durch die deutsche Vereinigung, noch stärker aber durch die Hochzinsphase um das Jahr 1990. Dies bestätigt sich durch Vergleiche mit den Entwicklungen in den anderen großen Industrienationen, in denen der Schuldenanstieg von 1990 bis 1995 meist noch steiler als in Deutschland war.

Insgesamt nahmen die öffentlichen Verschuldungen in Deutschland in den 40 Jahren auf das 27fache zu, während die Einnahmen des Staates – weitgehend im Gleichschritt mit dem BIP – »nur« auf das Siebenfache anstiegen. Diese Diskrepanzen zeichnen sich auch in den Kreisdarstellungen ab, in denen die Staatsverschuldung jeweils in Prozenten der Wirtschaftsleistung gemessen wird.

Während es den Politikern in Deutschland gelang, die in Maastricht festgelegte Schuldenquote von 60 Prozent des BIP in den Jahren 2000 und 2001 gerade noch zu erfüllen, stieg sie danach jedoch deutlich weiter an, vor allem in Folge des Wirtschaftseinbruchs nach der Börsenkrise, die auch zu einem Einbruch der Einnahmen führte. Nach 2005 kam es dann zu einer erneuten steilen Zunahme der Verschuldungen, bedingt durch die Stützungsmaßnahmen im Zuge der Finanz- und Bankenkrise und den erneuten Einbruch der Einnahmen am Ende des Jahrzehnts.

Quellen: Deutsche Bundesbank / Sachverständigengutachten

Öffentliche Verschuldungen der G7-Länder Entwicklung in % des jeweiligen BIP, 1975-2010



Quelle: BBK / BmF / EU-Kommission

© Helmut Creutz / Nr.037 a

Wie ersichtlich, weisen alle G7-Länder 2010 eine deutlich höhere Staatverschuldung aus als 1975. Lediglich Großbritannien konnte bis 2000 die Schulden abbauen, vor allem auf Grund der Sparpolitik unter Margaret Thatcher und des Ausverkaufs staatlicher Einrichtungen. Deutlich werden in allen Kurven die Hochzinsphasen Anfang der 1980er und -90er Jahre, die jeweils zu Konjunkturreinbrüchen, sinkenden Staatseinnahmen und steigenden Sozialkosten führten und die Staaten zu steigenden Verschuldungen veranlassten. Das zeichnet sich auch in dem weiß punktierten Durchschnittswert aller G7-Staaten ab. Sichtbar wird ebenfalls, dass die Maastricht-Kriterien in keinem Euro-Land eingehalten und - aufgrund der Krise - die Schuldenschleusen in den letzten Jahren erneut geöffnet wurden. In Japan gilt das bereits ab 1990 und die Prognosen für 2010 liegen über 200 Prozent!

Gedenken an Dieter Suhr

Am 28. August 2010 jährt sich zum 20. Mal der Todestag von Prof. Dr. Dieter Suhr. Er starb 1990 im Alter von 51 Jahren während einer Kreta-Reise. Ab 1975 bis zu seinem Tod war er Professor für öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität Augsburg. Seine Forschungsschwerpunkte waren die Grundrechte, insbesondere das Eigentumsrecht sowie das Umweltrecht. Suhr hat Zeit seines Lebens am Begriff der Freiheit gearbeitet.

Ausgehend von verfassungsrechtlichen Überlegungen zur Geld- und Währungsordnung befasste er sich auch mit Geldtheorie, anknüpfend an Pierre-Joseph Proudhon, Silvio Gesell und John Maynard

Keynes. Mit seinen Analysen und Vorschlägen hat er einen wesentlichen Beitrag zu den theoretischen Grundlagen einer den Menschen dienenden Geldordnung geleistet.

Drei seiner Werke sind auf den Internetseiten www.sozialoekonomie.info als PDF abrufbar:

Im Bereich »Kritik & Antwort«: Der Kapitalismus als monetäres Syndrom, Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 1988.

Im Bereich »Weiterführende Informationen«: Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der

Geldwirtschaft, Heft 259/260 der Schriftenreihe Fragen der Freiheit, hrsg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung Bad Boll, Juli-Dezember 2001.

Im Fremdsprachenbereich: The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money – An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy, Berlin: Springer Verlag, 1989.



Den Jokervorteil des Geldes abschaffen



Das Geld spielt unter den Waren und Diensten eine gleiche Rolle wie der Joker im Kartenspiel, in dem der Joker jede andere Karte vertritt. ... Das Geld, das auf dem Kapitalmarkt verliehen wird, ist mit dem Ablauf von Zeit mehr wert als das Geld, das auf anderen Märkten ausgegeben wird. Die Differenz zwischen dem Nennwert dieses ausgegebenen Geldes und dem auf dem Geldmarkt verliehenen Geld ist der Mehrwert von Geld. Geld ist mehr wert

mie ist, sprudelt als Pfründe aus diesem Privilegium. Daher kann nicht die Rede davon sein, das Geld wirke im Tauschverkehr neutral. ... Weil die Liquiditätsprämie dafür sorgt, dass verliehene Kaufkraft der ausgegebenen Kaufkraft davonwächst, bringt sie die transtemporalen Preisgefüge aus dem Gleichgewicht. ...

Weil das Geld auf den Kapitalmärkten ›mehr wert‹ ist als auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen, ziehen die Kapitalmärkte Kaufkraft, die die Wirtschafts-

Bei alledem handelt es sich um Erkenntnisse, die vor allem von Keynes und seit Keynes recht genau diagnostiziert worden sind ..., im Zusammenhang mit der Erkenntnis, dass der Zinssatz von Geldkapital den Standard setzt für die Grenzleistungsfähigkeit von Realkapital. ... Elementare Einsichten der ›General Theory‹ sprechen langfristig nicht für, sondern gegen den landläufigen Keynesianismus. Denn der Keynesianismus erreicht nur die Symptome. Die ›General Theory‹ jedoch hat es mit den Ursachen zu

Als Joker unter den Tauschobjekten wirkt das Geld privilegierend im Wirtschaftsverkehr, und der Zins sprudelt als Pfründe aus diesem Privilegium.



als Geld. Geld hat einen nach Märkten gespaltenen Wert. Zum einen hat es seinen Kaufkraft-Nennwert. Zum anderen hat es seinen Liquiditätspreis pro Zeit. ... So öffnet sich zwischen den beiden Werten des Geldes mit dem Ablauf von Zeit eine monetäre Schere.

Als Joker unter den Tauschobjekten wirkt das Geld privilegierend im Wirtschaftsverkehr, und der Zins, soweit er Liquiditätsprä-

subjekte zurzeit entbehren können, besonders stark an. So wird sie von den übrigen Märkten weggesogen. Je reicher die Wirtschaftssubjekte einer Marktwirtschaft werden, desto weniger Geld kommt noch direkt als wirksame Nachfrage auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen, Investitionsgüter und Kostbarkeiten an. ... Diese Asymmetrie der Märkte kann auf die Dauer nicht gut gehen. ...

tun. Es geht hier um eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus: um die marktkonforme und marktbefreiende Abschöpfung des monetären Mehrwerts.«

Prof. Dr. Dieter Suhr (1939 – 1990) in: Geld ohne Mehrwert - Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt/M.: Fritz Knapp Verlag, 1983, S. 8-11.

Termine

Deutschland

Do., 17. Juni 2010, 19 Uhr, Melanchthon Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln
Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln
Die Kölner INWO-Gruppe trifft sich jeden 3. Donnerstag um 19 Uhr zum Diskutieren und Aktivitätenplanen in der Melanchthon Akademie
Ansprechpartner: Gudrun Müller Tel.: 06597-4272, E-Mail: gmueller-esch@t-online.de, Dirk Grabowski Tel.: 02262-729985

Fr.-So., 2. - 4. Juli 2010, Evangelische Akademie Loccum (bei Hannover), Münchehäger Straße 6

Politik in der Wachstumsfalle. Wohlstand und Vollbeschäftigung – wie geht das ohne Wachstum?

Wirtschaftswachstum ist das Kernprinzip unserer Politik. Wachstum soll Arbeitsplätze schaffen, Einkommen steigern, die Sozialkassen sichern und den Staat finanzieren. Aber ist es wirklich ein solch omnipotentes Heilmittel? Anlässlich des 80. Geburtstags von Gerhard Scherhorn wird unsere Wachstumsorientierung kritisch hinterfragt. Wie lässt sich die Externalisierung privater Kosten wirksam unterbinden? Wie lässt sich eine nachhaltige Wirtschaft mit geringem Mengenwachstum organisieren?

Infos: www.loccum.de/programm/ und www.INWO.de/Wachstum

Sa.-So., 3. - 4. Juli 2010, Seminar für freiheitliche Ordnung Bad Boll, Badstraße 35
Lehren aus der Finanzkrise

Tagung mit Vorträgen von Friederike Spieker: Kasino oder Markt – wie bändigt man die Finanzmärkte?, Eckhard Behrens: Die Zinsstrukturkurve und ihre Bedeutung für Finanzmärkte und Konjunktur, Prof. Dr. Thomas Huth: Legt die Taylor-Regel negative Leitzinsen zur Behebung der Finanzkrise nahe?, sowie (angefragt) einem Referenten der Bundesbank zu den Sondermaßnahmen der EZB gegen die Finanzmarktkrise

Weitere Infos und Anmeldung unter: www.sffo.de, Tel.: 07164-3573, Fax: 07164-7034, E-Mail: sffo@gmx.net

Di., 13. Juli 2010, 16-18.30 Uhr, Essen, Katharinenstr. 14
Gesprächskreis Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung

Jeden 2. Dienstag im Monat leitet Wilhelm Schmülling einen Gesprächskreis und führt mit einem Impulsreferat in ein aktuelles Thema ein.

Weitere Termine: 10. August, 14. September, 12. Oktober

Mi.-So., 28. Juli - 1. August 2010, Hamburg
ATTAC-Sommerakademie

Finanzmärkte, Klimagerechtigkeit und Umverteilung – an fünf Tagen wollen wir uns während der Sommerakademie 2010 mit der multiplen Krise auseinandersetzen. Wie können Finanzmärkte entworfen, wie kann Klimagerechtigkeit erkämpft, Umverteilung organisiert werden? Wie hat sich in der Krise das globale Machtgefüge verschoben? Gibt es Wohlstand ohne Wachstum? Wie lassen sich tief greifende Veränderungen im System bewirken?

Infos unter: www.attac.de/aktuell/soak, E-Mail: sommerakademie@attac.de

Do., 29. Juli 2010, 18.30 Uhr, Rosenheim
Workshop zu Deckung des Regiogeldes Chiemgauer

Deckung bedeutet, einen Geld- oder Guttscheinwert mit einem anderen Wert zu verbinden, der notfalls auf Wunsch des Geldscheinhabers umgetauscht wird. Man kann eine Währung mit einer anderen Währung decken oder mit Edelmetallen. Auch andere Deckungsmöglichkeiten sind denkbar – etwa durch Waren, Dienstleistungen oder Zeitguthaben. Bislang ist der Chiemgauer zu 100 Prozent mit Euro abgesichert. Das bedeutet, wenn der Euro seinen Wert verändert, gewinnt oder verliert auch der Chiemgauer an Wert. Im Workshop sollen der Begriff und die Deckungsmöglichkeiten vertieft werden. Konkret sollen Ideen bedacht werden, in welche Richtung man den Chiemgauer weiterentwickeln könnte oder sollte.

Weitere Infos unter Tel.: 08031-352665

Fr.-So., 30. Juli - 1. August 2010, Würzburg
INWO beim Fair Trade Festival Würzburg

Neben einem Markt mit allerlei Fairtrade-Produkten gibt es wieder interessante Vorträge zum Thema Fairtrade und eine Menge Konzerte mit den tollsten Bands aus Würzburg und dem Rest der Welt. Die INWO ist mit einem Infostand vertreten.

Infos: <http://fairtradefestival.blogspot.com/>
INWO-Ansprechpartner: Dirk Grabowski, E-Mail: dirkgrabowski@online.de

Di., 7. September 2010, 19.30 Uhr, Melanchthon Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln
Sind Vollbeschäftigung und Umweltschutz miteinander vereinbar?

Vortrag von Fritz Andres, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln, Eintritt 5.-, ermäßigt 3.-

Do., 23. September 2010

Premiere von »Water makes Money« - filmische Dokumentation über die Privatisierung des Wassers

Die Premiere von »Water Makes Money« findet zeitgleich in möglichst vielen europäischen Städten statt. Dazu werden Menschen gesucht, die in München, Berlin, Wien, Zürich und anderswo bei der Organisation einer Veranstaltung vor Ort aktiv werden wollen.

Alle, die in ihrer Stadt eine öffentliche Premiere am 23. September organisieren können – entweder im Kino oder anderen öffentlichen Räumen – mögen sich bitte melden bei: filmverleih@watermakesmoney.org

Weitere Infos: www.watermakesmoney.com

Di., 5. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Melanchthon Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln

Verwandlung von Wachstum in Wohlstand – Wunderglaube der Volkswirtschaftslehre

Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Kremer, Rhein-Ahr-Campus Remagen

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln, Eintritt 5.-, ermäßigt 3.-

Do., 14. Oktober 2010, 19.30 Uhr, VHS Torhaus in Aalen, Gmünder Torplatz
Finanzkrise und ihre Ursachen

Vortrag von Prof. Kreiß, FH Aalen

Veranstalter: Agenda-Gruppe »Bedingungsloses Grundeinkommen« Aalen

Do., 21. Oktober 2010, 19.30 Uhr, VHS Torhaus in Aalen, Gmünder Torplatz
Finanzierung des Grundeinkommens

Vortrag von André Presse (Uni Karlsruhe)

Veranstalter: Agenda-Gruppe »Bedingungsloses Grundeinkommen« Aalen

Fr.-So., 29. - 31. Oktober 2010, Reinhardswaldschule in Fuldatal bei Kassel, Rothwestener Straße 2
47. Mündener Gespräche

Programmdetails & weitere Infos demnächst unter: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Schweiz

Do., 17. Juni 2010, 18.30 Uhr, Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14
Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich

Fr., 18. Juni 2010, 18.30 Uhr, Chur, Tittthof, Tittwiesenstr. 8
Vollgeld-Reform als Basis für ein gerechtes Geldsystem

Referenten: Hansruedi Weber und Daniel Meier (Vorstandsmitglieder INWO CH)

Sa., 26. Juni 2010, ganztags
Vernetzungswanderung im Kanton Schwyz

Viele Organisationen mit sozialer, ökologischer oder spiritueller Ausrichtung buhlen im täglichen Geschäft um öffentliche Aufmerksamkeit, Mitglieder und Spendengelder. Obwohl den gleichen Zielen verpflichtet, stehen die Organisationen so in gegenseitiger Konkurrenz zueinander. Die alljährliche Vernetzungswanderung möchte diesem Trend entgegenwirken und den Aktiven aus verschiedenen Organisationen einen ungezwungenen Rahmen für persönliche Begegnungen bieten.

Die Wanderung startet diesmal im Dorf Muotathal. Am Vormittag steht ein Besuch auf dem Bio-Hof Enzenen (www.enzenen.ch) auf dem Programm. Anschließend führt die Wanderung in den Hoch-Ybrig und findet ihren Abschluss in Unteriberg im grossen Garten eines langjährigen Aktivisten für eine gerechtere Welt.

Schlechtwetter-Ausweichdatum: 3. Juli 2010

Voranmeldung bei Frank Moser,

E-Mail: regionalgruppebern@talent.ch

■ **Fr.-Sa., 2. - 3. Juli 2010, Evang. Tagungszentrum Boldern in Männedorf**

Am Anfang war das Geld. Finanzkrise als Chance für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise?

Referate und Workshops mit Dr. Michaela Collins, Sarasin Sustainable Investment, Basel, Antoinette Hunziker-Ebner, Forma Futura Invest AG, Beat Kappeler, Wirtschaftsjournalist und Kolumnist, NZZ am Sonntag, Dr. oec. Ulrike Knobloch, Wirtschaftsethikerin/Sozialökonomin, Universitäten Fribourg und St. Gallen, Edy Walker, Alternative Bank Schweiz AG, Olten, Dr. Christoph Weber-Berg, Leiter Corporate Social Responsibility, Hochschule für Wirtschaft Zürich, Stina Werenfels, Regisseurin, Zürich (angefragt)

Info und Anmeldung: Sekretariat Tagungen und Studien, Tel.: 044-9217171, Fax: 044-9217129, E-Mail: tagungen@boldern.ch, www.boldern.ch

■ **Fr., 20. August 2010, 19 Uhr, Solothurn, Restaurant Kreuz, Kreuzgasse 4**

Vollgeld-Reform als Basis für ein gerechtes Geldsystem

Referenten: Hansruedi Weber und Daniel Meier (Vorstandsmitglieder INWO CH)

■ **Fr., 3. September 2010, 19 Uhr, Schaffhausen, Restaurant Falken, Vorstadt**

Vollgeld-Reform als Basis für ein gerechtes Geldsystem

Referenten: Hansruedi Weber und Daniel Meier (Vorstandsmitglieder INWO CH)

Österreich

■ **Sa., 19. Juni 2010, 18 Uhr, Wien, Festsaal der Pfarre Augarten, Gaußplatz 14**

Festakt aus Anlass des 80. Geburtstages von Adolf Paster

Adolf Paster ist Gründer der INWO Österreich und Präsident der HIFA Austria

Infos unter: www.inwo.at

Warum ich für die INWO aktiv bin...



Ich möchte, dass sich die ungerechte Verteilung von Vermögen in der Welt ändert – und in einer FAIR-ECONOMY kann die Entstehung solcher Ungerechtigkeit bereits an der Wurzel vermieden werden.

Bettina Stratmann, Nusbaum



Ich bin für die INWO aktiv, damit mir meine Kinder nicht vorwerfen können, ich hätte ja nichts getan.

Sabine Reiger, Fritzlar

INWO aktiv

Wer sich in der INWO engagieren möchte, hat die Möglichkeit, sich über den Mailverteiler INWO-aktiv mit anderen Aktiven auszutauschen.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Mail an:
ralf.gelz@INWO.de

Neue Vortragsreihe der Regionalgruppe Köln

Die Kölner Regionalgruppe der INWO trifft sich jeden 3. Donnerstag um 19 Uhr zum Diskutieren und Aktivitätenplanen in der MelanchthonAkademie, Kartäuserwall 24b. Ansprechpartner sind Gudrun Müller (Tel.: 06597-4272) und Dirk Grabowski (Tel.: 02262-729985).

Nach Vorträgen von Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung im Mai und Heiko Kastner, dem Autor des Buches »Mythos Marktwirtschaft« und Mitinitiator der 9,5 Thesen, im Juni, haben die Kölner auch für den Herbst wieder ein interessantes Vortragsprogramm zusammengestellt:

- Dienstag, 7.9.2010: Fritz Andres, **Sind Vollbeschäftigung und Umweltschutz miteinander vereinbar?**
- Dienstag, 5.10.2010: Jürgen Kremer, **Verwandlung von Wachstum in Wohlstand – Wunderglaube der Volkswirtschaftslehre**
- Dienstag, 9.11.2010, Achtung: Beginn um 19.00 Uhr: Helmut Rau, **Der Geist des Geldes – Wie können wir ihn zähmen?**
- Dienstag, 7.12.2010: Dirk Löh, **Sisyphos als Umweltökonom – Wirtschaftswachstum in der Kritik**

Beginn ist (außer am 9.11.) jeweils um 19.30 Uhr in der MelanchthonAkademie. Der Eintritt beträgt € 5.- / ermäßigt € 3.-

Aus dem Leben der Regionalgruppe Stuttgart

Die INWO-Regionalgruppe Stuttgart trifft sich jeden 1. Dienstag im Monat außerhalb der Ferien von 19-20 Uhr für Neuteilnehmer und zur freien Diskussion. Von 20-21.30 Uhr schließt sich daran die Kernteam-Arbeit an. Im Moment arbeiten wir an einer Neuauflage der Internetseiten www.Wo-ist-unser-Geld.de.

Beim letzten Treffen waren zehn Personen anwesend. Parallel dazu besuchten zwei weitere INWO-Mitglieder den Stuttgart Open Fair-Treff. Das ist ein Zusammenschluss vieler Gruppen, die parallel zum Weltsozialforum Ende Januar 2011 eine Veranstaltung durchführen. Hier sollen auch INWO-Themen durch unsere Referenten vorgestellt werden. Im Anschluss wurde noch ein Ab-

stecher zu einem wachstumskritischen Vortrag von Serge Latouche unternommen. Dabei haben wir uns in die Diskussion eingebracht und einen dicken Stapel INWO-Basishefte ans interessierte Publikum verteilt. Latouche ist ein emeritierter 69-jähriger französischer Wirtschaftsprofessor und Philosoph, der das Konzept der Wachstumsrücknahme (*décroissance*) vertritt. In Frankreich ist die *Décroissance*-Bewegung seit einigen Jahren im Kommen. Unter <http://picnic4degrowth.net> versuchen Anhänger jetzt auch in verschiedenen deutschen Städten wachstumskritische Positionen zu etablieren. Auch ein Anknüpfungspunkt für die INWO ...

Kontakt: helmut.rau@INWO.de

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom

10. April und die neue

Vereinsordnung der INWO

Deutschland können im

Internet abgerufen werden:

www.INWO.de

oder beim Versand

angefordert werden:

versand@INWO.de,

Tel.: 06623-919601

INWO-Infostand am 1. Mai in Köln

Bei der Mai-Kundgebung des DGB auf dem Kölner Heumarkt gab es auch in diesem Jahr wieder einen Infostand der INWO. Gegenüber 2009 hatten wir unser Angebot an Flyern, Büchern und anderem erheblich ausgeweitet. Als Blickfang diente ein großes Banner »Vollbeschäftigung ist finanzierbar«, das über die ganze Breite des Standes ging und schon von weitem zu sehen war. Auch mehrere großformatige Grafiktafeln ließen viele Passanten stehen bleiben. Die meisten reagierten jedoch auf die 30%-Bierdeckel, die wir großzügig ausgelegt hatten.

Mit insgesamt sechs Leuten aus Köln und der Region war der Stand gut und kompetent besetzt. Wir konnten viele teils ausführliche Gespräche führen und die Interessenten mit Material versorgen. Allein die INWO-»Standpunkte« gingen mehr als 60 mal weg. Das Interesse und die Aufgeschlossenheit der Besucher war deutlich größer als im letzten Jahr. Vor allem die aktuelle Griechenland-Krise hat viele von ihnen spürbar verunsichert. Inmitten der diversen uns umgebenden sozialistischen Stände mit ihren teilweise doch sehr stereotypen Parolen haben die Argumente der Geldreformer viele Passanten neugierig gemacht.



Damit Ihr Hoffnung habt – INWO beim Kirchentag

Nach Berlin in 2003 fand vom 12.-16. Mai 2010 der 2. Ökumenische Kirchentag (ÖKT) in München statt. Die INWO war wieder dabei.



DEUTSCHLAND

Mit einem Team aus verschiedenen Regionen Deutschlands, aus München, Köln, Dresden, Coburg, Frankfurt und Nordhessen, hat sich die INWO wieder einmal gut nach außen präsentiert. Wie gewohnt kamen die Brüder Peter und Erich Lange schon einen Tag vorher am Mittwoch mit dem Transporter vorgefahren, um den Stand aufzubauen. Dieses Mal unterstützt von Frank Rösner aus Coburg, der nach der ersten Kaffeepause in Bamberg aufgesammelt wurde. Romeo Klein aus München und Markus Fiedler aus Dresden waren beim Aufbau ebenfalls mit dabei.

Nach der ersten Nacht im Quartier in der Hauptschule in Moosach begann unsere eigentliche Aufgabe, in Gesprächen mit den Besuchern an unserem Stand die Ziele der INWO, die Ideen der Geld- und Bodenreform, bekannt zu machen. Die Ansprache der Passanten erfolgte mit den verschiedensten Mitteln, je nach Möglichkeit und Vorstellung der verschiedenen Standbetreuer. In guter Nachbarschaft von CGW und Humane Wirtschaft fanden wir uns sehr gut aufgehoben. Anders als sonst auf den Kirchentagen, konnten wir feststellen, dass uns schon viele Besucher kannten und auch schon gut informiert waren über die Zusammenhänge in der Geld- und Wirtschaftspolitik. Die wenigen »Hardliner«, die für unser Anliegen nicht offen waren, mussten leider ohne unser Wissen weiterziehen.

»Wir brauchen ein Wachstum an Mitmenschlichkeit, an Rücksichtnahme und Achtsamkeit«, mahnte der evangelische ÖKT-Präsident Eckhard Nagel und kritisierte das Wachstums-Denken in Politik und Wirtschaft. Beim Abschlussgottesdienst riefen die beiden Kirchentags-Präsidenten die Christen dazu auf, einen »neuen Aufbruch« zu wagen.

Hauptanziehungspunkt war wieder einmal das große Räderwerk von Helmut Creutz. Es zog unweigerlich die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich und bot gute Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen. Ein Handout des Modells wurde gern mitgenommen. War ein Mensch erst neugierig geworden, konnten wir leicht an Hand der Grafikplakate die Themen vertiefen. Auch wenn die Zahlen nicht auf dem aktuellsten Stand waren, konn-



ten doch die eine oder andere knifflige Frage daran erläutert und die Tendenzen klar aufgezeigt werden. Ca. 2.000 Basishefte haben sich die Gäste mitgenommen. Auch die 1.500 Bierdeckel waren schnell weg. Alles in allem war dieser 2. Ökumenische Kirchentag wieder eine gelungene Veranstaltung. Auf unserer Homepage im internen Bereich werden davon einige Bilder zu sehen sein.

Das Treiben um unseren Stand herum war auch sehr vielfältig. Im kurzen Wechsel versuchte immer wieder ein anderer Themenstand, mit den verschiedensten Einfällen die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich zu ziehen. In dieser schönen, geschäftigen Atmosphäre fühlten wir uns wohl und haben viele gute Gespräche geführt, was uns sehr zufrieden machte – auch wenn es uns nicht gelang, die medienwirksame ehemalige Evangelische Ratsvorsitzende Margot Käßmann direkt an unseren Stand zu holen. Ein Basisheft haben wir ihr aber dann doch überreicht und hoffen nun, dass sie auch die Muße hat, es mal eingehend zu studieren.

Nach dem Kirchentag ist vor dem Kirchentag. Der nächste wird vom 1. bis zum 5. Juni 2011 in Dresden sein. Besonders Markus Fiedler freut sich, uns in seiner Heimatstadt begrüßen zu können, und die Vorbereitungen werden alsbald anlaufen. Freiwillige Helfer können sich schon jetzt melden und so werden wir auch in 2011 wieder begeistert unsere Themen an die Frau und den Mann bringen. Wer sich mit uns in Dresden engagieren möchte, kann sich sehr gern bei Erich Lange melden: Tel.: 06623-91 96 01 oder per E-Mail an erich.lange@INWO.de

Vielen Dank an die Unterstützer für diese Leistung, die nur erlauben kann, wer schon mal mehrere Stunden hintereinander an solch einem Stand immer wieder auf die Passanten zugegangen ist, um die Aufmerksamkeit für ein doch sehr erläuterungsbedürftiges Thema zu erlangen! Unser Dank geht an Tanja Krause, Peter Lange, Frank Rösner, Romeo Klein, Jörg Schreiner, Markus Fiedler, Friedhelm Huerten, Adam Winkelmeier, Jan Kube und Erich Lange.

Generalversammlung zum **20. Jubiläum der INWO Schweiz**

Eine umfassende Änderung der Statuten und der Rücktritt dreier verdienter Mitstreiter standen im Mittelpunkt der rund dreistündigen GV am 24. April 2010. Rund zwanzig Mitglieder und Gäste waren dazu nach Zürich ins Haus Karl der Grosse gekommen.

Nach einem ausgiebigen Jubiläumssapero, begleitet durch Gesang und Gitarrenspiel von Mirco Mock und Alec Gagneux, stellte Vorstandsmitglied Hendrik Barth seine ungewöhnliche Spendenaktion vor (siehe S. 17). Einzelne seiner dafür ausgewählten und bei der GV ausgestellten Bilder sind bereits verkauft und entsprechende Spenden unterwegs zur INWO.

Dass zusätzliche Finanzmittel nötig sind, zeigte sich bei den Berichten des Vorstands (im Sekretariat und unter www.INWO.ch erhältlich). Das Jahr 2009 voller Aktivitäten und Veränderungen, wie der intensivierten Medienarbeit sowie der Neuorganisation der Vorstandsarbeit,

als Berater erhalten. Auch Moser will sich weiterhin bei der INWO engagieren, allerdings ohne die Verantwortung und den Aufwand des Vorstands.

Nach den Rücktritten besteht das Co-Präsidium nun aus Daniel Meier und Hansruedi Weber. Weitere Vorstandsmitglieder sind Alec Gagneux, Hendrik Barth und Roland Stebler. Auch die Revisoren Jakob Kunz und Andy Patzen wurden mit grossem Applaus von der GV bestätigt.

Über die Gründung der INWO Schweiz vor 20 Jahren und den Auftakt für die Alternativ-/Tauschwährung TALENT berichtete Gertrud Weinhandl, die ausserdem zu einer Dokumentation der INWO-Geschichte aufrief. Frank Moser stellte sich als Kontaktperson für Gründungsmitglieder und andere langjährige Unterstützer zur Verfügung. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich für diesen Rückblick oder weitere Jubiläumsaktivitäten zu engagieren.



den aktuellen Internetseiten und dem Umzug des Sekretariats, brachte deutlich erhöhte Kosten mit sich.

Ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung der INWO-Financen ist der laufende Antrag auf Gemeinnützigkeit, für den eine umfangreiche Statutenänderung nötig war. Der Verein muss auch in seinen Statuten belegen, dass er der Allgemeinheit dient, Erwachsenenbildung für alle anbietet und dabei ohne politische Richtung ist sowie vorwiegend ehrenamtlich arbeitet. Während die Aktivitäten der INWO diesen Vorgaben längst entsprechen, fehlten bisher noch die passenden Statuten. Mit sehr grosser Mehrheit wurden die Änderungen von der GV unter der Leitung von Daniel Meier beschlossen.

Grossen Applaus und zahlreiche Danksagungen gab es für Buchhalter Walter Lobsiger sowie die Vorstände Marco Leuthold und Frank Moser, die ihren Rücktritt erklärten. Lobsiger übergibt seine Aufgaben an INWO-Sekretärin Monica Gassner-Rusconi, bleibt der INWO aber

Vorstand

Daniel Meier
Telefon: (079) 7729605
E-Mail: Daniel.Meier@INWO.ch

Dokumentation/Rückblick

Frank Moser
Telefon: (031) 5360800
E-Mail: Frank.Moser@INWO.ch

Jubiläumsaktivitäten Sekretariat INWO Schweiz

Monica Gassner-Rusconi
Postfach 3161
5430 Wettingen 3
Telefon: +41 (0)56 4266090
E-Mail: buero@inwo.ch



Monica Gassner-Rusconi

Kunst kaufen und INWO unterstützen



SCHWEIZ



»Fort-Schritt« (Grösse 90 x 128 cm) – dieses zum Verkauf stehende Kunstwerk widmete Barth dem Thema »West greift Ost«. Weitere Bilder finden Sie unter: www.INWO.ch

Mit einem kunstvollen Angebot ruft die INWO Schweiz zu Spenden auf. Nach der gelungenen Generalprobe bei der Generalversammlung läuft die Aktion nun bis Ende Juli 2010.

Eine ganze Reihe von Bildern hat Künstler und Vorstandsmitglied Hendrik Barth zur Verfügung gestellt, deren Verkaufserlös komplett der INWO zugute kommt. Bei weiteren Bildern verbleibt ein Teil als Unkostenbeitrag beim Künstler.

Ausgewählte Motive sind auf der Internetseite der INWO unter www.INWO.ch zu finden – mit Angaben zu Preis und Spendenanteil. Weitere gibt es unter www.hendrikbarth.com. Der Erlös der dort abgebildeten Motive geht zu 50 Prozent als Spende an die INWO.

SUFO 2010 – FAIRändern wir die Welt!

Mit rund 2.000 Besuchern war der Zulauf beim Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO) so gross wie nie. Mit dabei vom 6. bis 8. Mai in St. Gallen war auch die INWO.

Das SUFO will über soziale, ökologische, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge allgemein verständlich informieren und das Verständnis dafür steigern. Auch wenn die Veranstaltung nur ein lokales Kleinformat der kontinentalen Sozialforen ist, so fanden doch am Samstag, dem Workshop- und Infostände-Tag, immerhin 59 Workshops in zwei Blöcken statt.

Dabei ging es um Lokales und Globales – mit sozialen, politischen und (finanz-)wirtschaftlichen Fragen in einem ausgewogenen Verhältnis. Diverse NGOs und Vereine waren vertreten und zeigten die Bandbreite der Aktivitäten, die »von unten« mit mehr oder weniger kontinuierlicher Zähigkeit und mit wenig Geld und MitstreiterInnen am Leben erhalten, manchmal auch vorwärts gebracht werden.

Daniel Meier und Hendrik Barth vom Vorstand der INWO Schweiz befassten sich zusammen mit den Workshop-BesucherInnen am Vormittag mit dem Thema »Let's make money – die Kernproblematiken des Geldsystems« und am Nachmittag mit »Finanzkrise – nachhaltige Lösungsansätze zum Geld- und Bankensystem«. Diese Workshops waren voll besetzt mit engagiert mitdenkenden,

Fragen stellenden, die Köpfe schüttelnden und nach Lösungen suchenden Männern und Frauen, vom Studenten bis zum Pensionär.

In lebendiger Atmosphäre wurden die Zinsseszins-Problematik, die Geldschöpfung der Zentral- und Geschäftsbanken, einige Praktiken der Finanzwirtschaft und die Mechanismen der Geldvermehrung zusammengetragen, vorgestellt und bearbeitet. Schliesslich ging es um die Möglichkeiten, was man denn selbst tun kann, um dem etwas entgegenzusetzen. Neben den bekannten Überlegungen wurde dabei auch die Monetative (Vollgeld-Reform) in ihren groben Umrissen vorgestellt. Dass man in der Schweiz über eine Volksinitiative in das Geldsystem gestaltend eingreifen könnte und dies von der INWO zusammen mit anderen Kräften mittelfristig angesteuert wird, stiess auf Begeisterung.

Auch sonst war die Stimmung angeregt lebendig. Viele Besucher machten am Infostand der INWO Halt, eine ganze Reihe trug sich in die Interessenten-Liste ein, informierte sich durch Gespräche und nahm Material und Literatur mit. Die »Geldquelle«, das Brunnenobjekt von Hendrik Barth, war neben dem Stand platziert und machte auch optisch deutlich, worum es geht: um lebendige Kreisläufe statt exponentiellem Wachstum.

Dem SUFO selbst kann man ein etwas exponentielleres Wachstum jedoch nur wünschen und hoffen, dass es eben nicht nur im



Kreis der jährlich Wiederkehrenden abläuft! Die Zeichen in dieser Richtung stehen gut. Die Kontinuität des professionellen und gut eingespielten Organisationsteams ist eine wichtige Grundlage hierfür. So war die Durchführung dieses wichtigen Anlasses auch in diesem Jahr sehr gelungen, bei zum Glück auch gutem Wetter.

Hendrik Barth
(Vorstand INWO Schweiz)

Die Lösung der Blockierung ist die Lösung

Bernd Senf war von 1973 bis 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Schon lange vor Ausbruch der Weltfinanzkrise hat er die destruktiven Tendenzen des bestehenden Geldsystems aufgezeigt und grundlegende Veränderungen angemahnt. Haidrun Schäfer befragte ihn zu seinen Lösungsvorschlägen.

Professor Senf, die Überschrift Ihrer Website lautet: »Die Lösung der Blockierung ist die Lösung.« Sie beziehen das unter anderem auf den Geldfluss innerhalb der Wirtschaft. Welche Blockierungen sehen Sie denn da?

Die Blockierungen, die ich sehe, hat bereits Silvio Gesell im 19. Jahrhundert erkannt. Gesell war kein studierter Ökonom, sondern zeitweise ein Kleinunternehmer, der aus seinen praktischen Erfahrungen und Beobachtungen in der Wirtschaft einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrisen und dem Geldsystem vermutete. Er entdeckte eine grundlegende Problematik des Zinssystems, die in den verschiedenen Wirtschaftstheorien vor ihm und auch nach ihm nicht thematisiert wurde und wird. Den Zins betrachtete er als Folge eines in seinem Wesenskern gespaltenen Geldes: einerseits Tauschmittel in der Realwirtschaft zu sein und andererseits Spekulationsmittel, das der Realwirtschaft von den Geldvermögen entzogen werden kann. Der Abfluss des Geldes führe zu Nachfragemangel, Absatzkrisen, Firmenpleiten, Entlassungen, Lohnausfall, Steuerausfall und zu weiterem Nachfrageausfall – ein Teufelskreis in Richtung sich verschärfender Wirtschaftskrise. Mit dieser Einschätzung sah er übrigens die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre schon 1918 klar voraus, von der die meisten Ökonomen und Politiker völlig überrascht waren.

Wird denn das der Realwirtschaft entzogene Geld nicht über den Zins wieder zu den Banken gelockt, um durch sie als Kredit weiter geleitet zu werden und damit die Nachfragelücke zu schließen?

Ja, das haben die Ökonomen – angefangen bei Adam Smith bis hin zu den Neoklas-



sikern – lange Zeit angenommen, und die Neoliberalen tun es bis heute. Sie betrachten den Zins als einen segensreichen und unentbehrlichen Regulator der Marktwirtschaft. Im Gegensatz dazu sah Gesell, dass der Zins selbst ein langfristig destruktives Mittel der Sicherung des Geldumlaufs ist, weil er als Zinseszins ein exponentielles Wachstum von Geldvermögen und Schulden hervortreibt – und damit krebsartig wachsende Zinslasten auf Seiten der Schuldner, von denen immer

Die Schulden sind das Spiegelbild der Geldvermögen, die ihrerseits nur wachsen können, wenn auch die Schulden wachsen.

mehr zusammenbrechen müssen: private Haushalte, Unternehmen und der Staat. Die Schulden sind das Spiegelbild der Geldvermögen, die ihrerseits nur wachsen können, wenn auch die Schulden wachsen. Das sollte eigentlich zum kleinen Einmaleins der Ökonomie gehören, aber kaum jemand will diesen Zusammenhang sehen, zuallerletzt die meisten Ökonomen und Politiker.

Könnten denn die wachsenden Zinslasten nicht durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum problemlos erwirtschaftet werden?

Das Wirtschaftswachstum stößt langfristig auf Grenzen und muss sich aufgrund begrenzter Ressourcen und Absatzmärkte zwangsläufig verlangsamen. Das drückt auf die Durchschnittsrendite in der Realwirtschaft und auf den Kredit- und Sparzins, und dann wird es immer unattraktiver, Geld in die Realwirtschaft zu investieren. Stattdessen flutet es dann an die spekulativen Finanzmärkte, treibt dort die Kurse in die Höhe und führt zu Spekulationsblasen, die schließlich unvermeidlich platzen müssen. Wir haben das alles ja mit der Weltfinanzkrise gerade erst durchgemacht. Ich hatte schon lange vor Ausbruch der Krise von »Börsenfieber und kollektivem Wahn« gesprochen und eindringlich vor dieser Entwicklung gewarnt. Und als dann die Krise ausbrach und sich zuspitzte, zeigten sich die meisten Ökonomen und Politiker völlig überrascht.

Im Grunde nutzen wir Geld doch auch als – vermeintliche – Sicherheit, weil wir uns in der Schöpfung nicht mehr aufgehoben fühlen.

Das ist die Folge einer sehr weit verbreiteten emotionalen und spirituellen Entwurzelung. Was wir in der Ökonomie »Tausch« nennen, beruht ja auf Leistung und Gegen-

Diejenigen, die der Realwirtschaft Geld entziehen, sollten das nicht kostenlos tun können.

leistung. Indem man etwas hingibt, fühlt man sich ärmer, und dieser Verlust soll mindestens durch etwas Gleichwertiges ausgeglichen werden. Dabei ist die bedingungslose Hingabefähigkeit schon verloren gegangen, und an ihre Stelle ist die Verlustangst getreten. Das ist ganz tief in den emotionalen Strukturen innerhalb patriarchaler Gesellschaften verankert. Die bedingungslose Hingabe existiert nur noch in Randbereichen: wenn es gut geht, zwischen Mutter und Baby – oder allgemein zwischen Liebenden. Unsere Ökonomie ist demgegenüber wesentlich begründet auf Verlustangst. Kaum jemand kann sich noch vorstellen, dass bedingungslose Hingabe nicht ärmer machen muss, sondern Menschen emotional bereichern und zuletzt erfüllen kann.

Die meisten glauben, dass eine Gesellschaft nur so funktionieren kann wie die heutige. Aber sie funktioniert immer weniger, es brechen immer mehr Krisensymptome an die Oberfläche durch. In vorpatriarchaler Zeit gab es Gesellschaften, die nicht nur kein Geld kannten, sondern auch keinen Tausch. Für sie stand die Hingabe im Vordergrund – nicht nur im Bereich des Wirtschaftens, sondern auch emotional und spirituell. Sie kannten Kooperation statt Konkurrenz, Genügsamkeit statt Gier, Gemeinschaft statt Vereinzelung, Partnerschaft statt Herrschaft. Sie hatten Vertrauen und waren eingebettet in ein größeres soziales und kosmisches Ganzes. Das waren völlig andere emotionale, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, die vor allem von der Matriachatsforschung wieder entdeckt wurden. Davon sind wir weit entfernt und bezeichnen das als Fortschritt – weit fort von der materiellen, emotionalen und spirituellen Verbundenheit mit den wesentlichen Quellen des Lebens.

Kann man sagen, dass der Zinseszins wie ein therapeutisches Lockmittel ist, um loszulassen? Vertrauen wird durch ein Lockmittel ersetzt? Wenn man also nach einer grundlegenden Lösung sucht, müsste man etwas anderes finden, was Vertrauen schafft?

Zunächst einmal müsste man überlegen, ob man auf der Grundlage der weit verbreiteten Bewusstseins- und Motivationsstruk-

turen – die sich ja nicht so schnell ändern lassen, wie man es vielleicht wünscht – etwas tun kann, um die Störungen des Geldflusses zu mildern und die schlimmsten Folgen von Wirtschaftskrisen abzuwenden und sie in Zukunft zu vermeiden.

Im Moment haben wir ja akuten Handlungsbedarf, zum Beispiel durch den drohenden Staatsbankrott in Griechenland. Wie können wir schnelle Rettungswege aufzeigen, ohne das langfristige Ziel aus den Augen zu verlieren?

Auch der drohende Staatsbankrott – nicht nur in Griechenland – ist systemimmanent, das heißt er gehört zum Zinssystem dazu. Die exponentiell wachsenden Schulden setzen ja voraus, dass sich immer wieder verschuldungsbereite und verschuldungsfähige Gruppen finden, zum Beispiel private Haushalte und Unternehmen. Wenn die aber immer mehr an ihre Grenzen stoßen, dann muss sich umso mehr der Staat verschulden. Entgegen allen politischen Absichtser-

die tieferen Zusammenhänge erkennen lässt, dass exponentiell wachsende Schulden die Folge der Verknüpfung des Geldes mit dem Zins sind. Silvio Gesell hatte schon Überlegungen angestellt, wie diese Verknüpfung aufgelockert oder aufgelöst werden könnte. Es ging ihm nicht darum, das Geld als solches abzuschaffen, denn er sah im Geld als Tauschmittel eine ganz wichtige Funktion in einer hochkomplexen arbeitsteiligen Wirtschaft. Es ging ihm »nur« darum, das Geld und die Wirtschaft vom Zins zu befreien. Er sprach deswegen auch von »Freigeld« und von »Freiwirtschaft«.

Da sind wir wieder beim Vertrauen, oder?

Nein. Gesell wollte nicht die Motivationsstrukturen der Menschen ändern. Er wollte vielmehr auf der Grundlage vorhandenen Bewusstseins an der Stelle im Wirtschaftskreislauf ansetzen, wo der Geldfluss ins Stocken gerät, wo die Vermögenden das Geld der Realwirtschaft entziehen. Dort sollte das entzogene Geld wieder zum Fließen in der Real-



Hingabe ist in unserer Gesellschaft selten geworden.

klärungen wird die Staatsverschuldung immer schneller wachsen, und die entsprechenden Anlässe dazu werden sich ergeben. Deswegen müssen unbedingt neue Fragen gestellt werden: Warum eigentlich muss sich der Staat zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit einem Geld verschulden, das mit Zins belastet ist?

Behandelt wird die Verschuldungsthematik aber quasi wie ein Naturgesetz.

Das ist ja das Unglaubliche! Es wird wie ein Naturgesetz und als unabwendbar dargestellt, während sich mit einem Blick auf

wirtschaft angeregt werden. Zu diesem Zweck forderte er die Installierung einer Umlaufsicherungsgebühr: Diejenigen, die der Realwirtschaft Geld entziehen, sollen das nicht kostenlos tun können, sondern so belastet werden, dass das Entziehen für sie unattraktiv wird – und sie das Geld auch ohne hohe Zinsen am Kapitalmarkt anbieten, um der Gebühr auszuweichen. Durch das gesteigerte Geldangebot würde dann der Zins nach marktwirtschaftlichen Gesetzen ganz von selbst absinken. Ein Zinsverbot, wie es in manchen Religionen gefordert wurde und zum Teil noch wird, wäre dann gar nicht nötig – und auch keine harten Strafen auf dessen

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem bewirkt Verlustangst. Die sollte uns nicht lähmen.



Umgehung. Mit sinkendem Zins würden sich auch die von ihm hervorgerufenen Krisensymptome von selbst abschwächen: eine Art Heilung des sozialen Organismus einer Wirtschaft und Gesellschaft, behutsam, nicht gewaltsam.

Es ist schwierig sich vorzustellen, dass wir bald einen Euro mit einer Umlaufsicherungsgebühr bekommen.

Aber es wäre Notwendig – im wahren Sinn des Wortes: um die Not zu wenden, die aus den zinsbedingten Krisen entstanden ist und noch verstärkt entstehen wird. Darüber hinaus wären allerdings nach meinen Erkenntnissen noch weitere grundlegende Veränderungen im Geldsystem erforderlich sein, denn ein weiteres Problem liegt in der bisherigen Art der Geldschöpfung. Das jetzige Geld ist ja schon von seiner Erzeugung an mit Zins verknüpft. Es wird von den Zentralbanken auf dem Weg über Kredit – verbunden mit dem »Leitzins« – in den Wirtschaftskreislauf gebracht. Hinzu kommt noch die Giralgeldschöpfung der privaten Geschäftsbanken. Giralgeld sind die Guthaben auf Girokonten. Deren Rolle ist den wenigsten Menschen bewusst: Die Banken sind in der Lage, in

begrenztem Maße bargeldloses Geld aus dem Nichts zu schaffen, es als Kredit in Umlauf zu bringen und dafür von den Schuldnern Zinsen und dingliche Sicherheiten zu verlangen, die im Ernstfall zwangsversteigert werden. Mit aus dem Nichts geschöpftem Geld werden also knallharte Forderungen der Banken gegenüber Schuldnern geschaffen und erbarmungslos eingetrieben. Das ist ein unglaubliches Privileg, das kaum thematisiert wird. Und wo es in den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern mit abstrakt-mathematischen Modellen behandelt wird, wird der wesentliche Kern – nämlich die Kreditschöpfung aus dem Nichts – verschleiert.

Was wäre die Alternative zur Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken?

Geldschöpfung gehört nicht in private Hand und darf sich nicht an privaten Geschäftsinteressen orientieren. Geld hat eine öffentliche, gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen und sollte deswegen auch von einer öffentlichen Institution geschöpft, in Umlauf gebracht und gesteuert werden. Sie gehört allerdings auch nicht in die Hand von Regierungen, weil sie da missbraucht werden könnte. Daraus ist die Idee entstanden, neben der Legislative, der Exekutive und der Judikative eine vierte Säule des Staates zu schaffen, die ich vor einigen Jahren »Monetative« genannt habe. Inzwischen gibt es eine Initiative, die diesen Gedanken in die öffentliche Diskussion hinein tragen will. Diese Monetative sollte übrigens nicht nur unabhängig von den anderen drei staatlichen Instanzen sein, sondern ebenso unabhängig vom privaten Bankensystem. Sie könnte den Staat in wohl dosiertem Maße direkt mit Geld versorgen, das

nicht mit Zinsen und Tilgung belastet ist. Auf diese Weise könnte die Staatsschuld allmählich zurückgeführt werden und die Politik bekäme wieder mehr Gestaltungsspielraum.

Und was gäbe es im Kleinen für Alternativen?

Zum Beispiel Regionalwährungen mit Umlaufsicherung und eine stärkere Ausrichtung von Gemeinschaften an Selbstversorgung oder Subsistenz und an Kooperation statt Konkurrenz. Es gibt mittlerweile schon so viele zukunftsweisende und lebenspositive Wege und Erkenntnisse auf ganz vielen verschiedenen Gebieten. Wenn sich die darin engagierten Menschen noch mehr der Gemeinsamkeiten und des Verbindenden bewusst werden und sich gegenseitig unterstützen, können daraus starke Kräfte der Veränderung erwachsen, um die vielfältigen destruktiven Strukturen zu überwinden und das Lebendige mehr und mehr zur Entfaltung kommen zu lassen – in den einzelnen Menschen, in Gemeinschaften, in der Gesellschaft und in der Natur. Mit einem tieferen Verständnis der natürlichen Fließprozesse und ihrer Störungen lassen sich Heilungen auf allen Ebenen anregen, die heute noch das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen übersteigen. Mit einem anderen Geldsystem lassen sich auch regionale Wirtschaftsblüten in ansonsten krisengeschüttelten Zeiten und Ländern bewirken. Das zeigt die historische Erfahrung mit dem »Wunder von Wörgl« 1932 und mit ähnlichen Modellen Anfang der 30er Jahre in den USA. Inzwischen gibt es schon wieder eine Reihe von Regionalwährungen – auch in Deutschland, zum Beispiel den »Chiemgauer«. Warum sollten diese Erfahrungen nicht auch auf das große Geldsystem im nationalen und internationalen Rahmen übertragen werden können? Und auf der Grundlage lebensenergetischer Methoden lassen sich sogar Wüsten in Gärten verwandeln, wie das Modellprojekt »Integrale Umweltheilung« in Algerien zeigt. Angesichts der sich zuspitzenden Krisen auf vielen Gebieten ist die Zeit reif für grundsätzlich neue Wege. Wann, wenn nicht jetzt? ■

Die Langversion dieses Interviews wurde zuerst veröffentlicht unter:
www.sein.de/gesellschaft/neue-wirtschaft/2010/wann-wenn-nicht-jetzt.html

Weitere Informationen im Internet unter:
www.berndsenf.de, www.monetative.de

Folgende Bücher von Bernd Senf sind im INWO-Shop unter www.INWO.de erhältlich: Der Nebel um das Geld, Der Tanz um den Gewinn, Die blinden Flecken der Ökonomie

Videos mit Bernd Senf: www.dailymotion.com und www.blip.tv (Suchwort: Bernd Senf)

Warum sollten die Erfahrungen mit den Regionalwährungen nicht auf das große Geldsystem übertragen werden können?

Tages- und Wochenzeitungen

Prof. Elmar Altvater schrieb unter der Überschrift »Vom Griechen lernen!« in der Schweizer Wochenzeitung WOZ vom 6.5.2010: »Finanzinstitute können sich bei den Zentralbanken zu Zinssätzen nahe null mit Geld vollpumpen und das Geschäft des Investmentbankings fortsetzen. Dazu benötigen sie allerdings nicht nur billiges Geld, sondern auch neue SchuldnerInnen, da die alten, mit denen alles anfang, ausgefallen sind. Diese Funktion des neuen Schuldners erfüllen die Staaten: Die EZB klagt in ihrem Jahresbericht 2009 denn auch über die rasant steigende Bruttoverschuldung von durchschnittlich 66 Prozent des BIP 2007 auf 78,2 Prozent im Jahr 2009. Von den sechzehn Ländern der Eurozone sind dreizehn einem Defizitverfahren unterworfen. Ausserhalb des Euroraums liegt die öffentliche Verschuldung zum Teil noch höher.

Die Staaten mussten sich verschulden, und zwar bei den privaten Banken. Warum? Weil sie soeben die privaten Banken und Fonds aus ihren prekären Engagements heraushauen und vor dem Bankrott bewahren mussten. Zum Dank müssen die Staaten den privaten Banken viel höhere Zinsen zahlen als die Banken bei der Zentralbank für das Geld entrichten, das sie einer anderen öffentlichen Einrichtung – den Regierungen – leihen. Das ist pervers.« Bereits von den alten Griechen könne man lernen, dass die »Abschaffung der Schuldknechtschaft«, d.h. die Entschuldung insolventer Schuldner durch geregelte Schuldenstreichung ein höchst aktueller Ausweg sei.

Der Mathematikprofessor C. P. Ortlieb von der Uni Hamburg sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (abgedruckt am 9.5.2010): »Zumindest was die neoklassische Lehre angeht, muss man wohl eher von einer wissenschaftlich verbrämten Ideologie sprechen. Ich stelle bei der Lektüre von VWL-Lehrbüchern regelmäßig fest, dass die Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft dort gar nicht reflektiert wird. Stattdessen werden die eigenen ideologischen Vorurteile in mathematische Modelle gegossen und diese der Wirklichkeit einfach übergestülpt. Damit hat aber in der Tat das Fach Wirtschaftswissenschaft seinen Gegenstand letztlich aufgegeben und streng genommen seinen wissenschaftlichen Status verloren.«

In der taz vom 12.5.2010 kommentierte Matthias Greffrath die an sich erfreulichen Pläne von SPD und Grünen zur Einrichtung einer Bundestags-Enquetekommission zum Thema Wirtschaftswachstum: Die Grünen schwankten notorisch zwischen Markt und Staat und hinkten dem faktischen Nullwachstum des letzten Jahr-

zehnts ebenso hinterher wie den deprimierenden Erkenntnissen über Grenzen der »Entkopplung« von Ressourcenverbrauch und Wachstum und dem Wissen über die begrenzte Tragfähigkeit der Erde, der wir jedes Jahr 25 Prozent mehr Material entnehmen, als eine nachhaltige Bewirtschaftung erforderte.

Die Sozialdemokraten drohten unterdessen in die Tiefen der Gründlichkeit abzutauchen. Ihre Forderung nach Erarbeitung eines »ganzheitlichen Fortschrittsindikators« klinge nach gewohnt vorausseilender Kompromissbereitschaft und Zahlenschiebereien in Kommissionen.

Es brauche einen illusionslosen Blick auf die Realitäten und radikalere Fragen als die von SPD und Grünen. Sie sollten nicht länger das Wachstum zur unabhängigen Variablen machen, sondern, umgekehrt, von unverzichtbaren Zielgrößen ausgehen und nach den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen und Pfaden fragen, die zur Erreichung dieser Ziele taugen.

Leserbriefe

In der ZEIT vom 12.5.2010 erschien ein Leserbrief von Volker Freystedt: »Sind wir nicht alle ein bisschen Griechenland? Alle Staatskassen sind so hoch verschuldet, dass diese Schulden nie zurückgezahlt werden können. Das sollen sie aber auch gar nicht. Es reicht den Gläubigern, dass die Zinsen bedient werden. Dass diese Zinsen meist durch Aufnahme neuer Schulden bezahlt werden, sorgt sowohl auf Seiten der Schuldner wie der Gläubiger für Wachstum ... Finanzmathematisch könnte man sich so dem Unendlichen nähern – da die Finanzmärkte jedoch immer noch mit der Realwirtschaft zusammenhängen, kommt es zu massiven Problemen. Es wird also Zeit, dass wir für weitere Wachstumsschübe einen anderen Planeten mit ebenso unintelligenten Lebewesen entdecken.«

Dass manche unbequemen Zusammenhänge von den Mainstream-Medien lieber negiert werden, zeigt ein unveröffentlicht gebliebener Leserbrief von Rolf Klaes zum Beitrag »Fleißige Sparer« in den Rheinischen Nachrichten vom 30.4.2010:

»Lieb Vaterland magst ruhig sein, denn zum Glück gibt es also noch Haushalte in unserem Volke, die immer noch mehr sparen können. Es scheint uns also noch gar nicht so schlimm zu gehen. Oder? Unser Staat hat zwar zur Erfüllung seiner Aufgaben immer mehr Schulden

gemacht – inzwischen 1.776 Milliarden Euro und für den laufenden Haushalt werden sogar neue 86 Milliarden oder mehr angepeilt!

Aber die privaten Haushalte konnten im letzten Jahr 147 Milliarden sparen, ... die sie dann gerne und gegen geringen Zins ihrem Staat leihen und dabei immer reicher werden ... Aber: Jeder Zweite hat keine Ersparnisse! Auch das immer wieder beschworene Wachstum wird daran nie etwas ändern können und weiter nur die Reichen reicher und die Armen ärmer machen.«



Fernsehen

In schwierigen Krisenzeiten tauchen erfreulicherweise auch manchmal kleine Hoffnungslichter auf. Ein solches gab es am 11.5.2010 im ZDF-Kabarett »Neues aus der Anstalt«. Urban Priol und Georg Schramm traten denen geistreich entgegen, die über »die Griechen« schimpfen und dabei bewusst oder unbewusst übersehen, dass der »Exportweltmeister Deutschland« Probleme wie die in Griechenland und anderen Ländern mit verursacht und obendrein noch an Rüstungsexporten nach Griechenland und anderswo kräftig verdient. Nicht die Griechen, Italiener, Portugiesen, Spanier, Engländer und Amerikaner oder andere Völker sind der Kern des Problems, sondern die strukturelle Macht der noch immer ungebändigten Finanzmärkte.

Während der Sendung zog Schramm »Anstaltsgeld« aus seiner Jackentasche. Es sah so ähnlich aus wie die Potsdamer »Havelblüten« und hieß »Schizo«. Aufgedruckt waren die Konterfeis von Priol und Schramm. Von kommunalem Zweitgeld sprach Schramm, erinnerte an das historische Freigeldexperiment von Wörgl, wies auf die aktuellen »Chiemgauer« hin und forderte das Publikum auf, sich mal im Internet über »zinsfreies Geld« und »Freigeld« zu informieren. Die Sendung findet sich im Internet unter: <http://anstalt.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,4291327,00.html?dr=1>

Ulrike Herrmann: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht. Westend Verlag Frankfurt 2010, 223 Seiten, 16,95 € [D], 17,50 € [A], 29,90 CHF

Die taz-Journalistin Ulrike Herrmann beschreibt in ihrem spannend geschriebenen und dennoch faktenreichen Buch das, was sie den »Selbstbetrug der Mittelschicht« nennt. Die Mittelschicht unterstützt in ihrer Mehrheit eine Politik, die vor allem der Oberschicht dient,

- weil es die Reichen verstehen, ihre Macht und ihren Reichtum zu verschleiern,
- weil der Glaube an den Aufstieg in der Mittelschicht ungebrochen ist,
- weil sie ihren Status überschätzt und
- ihre Aufmerksamkeit darauf lenkt, sich von der Unterschicht abzugrenzen.

Die Mehrheit »der Deutschen« sorgt sich um die Zukunft und hält sich für Reformverlierer und dennoch gibt sie an, dass sie zu den Gewinnern der gesellschaftlichen Entwicklung gehöre. Zur Unterschicht wollen nur 3 Prozent gehören, obwohl die ökonomische Realität völlig anders aussieht.

Einer der Gründe ist, dass man über die Vermögenseliten kaum etwas weiß.

Dass dem reichsten Pro-

zent 23 Prozent des gesamten Vermögens gehören, den obersten 5 Prozent über 46 Prozent und das reichste Zehntel 61,1 Prozent kontrolliert und die unteren 70 Prozent nicht einmal 9 Prozent des Gesamtvermögens besitzen, wird in Statistiken verschleiert und durch das Klischee einer »sozialen Marktwirtschaft« verkleistert.

Typisch dafür, wie sich die Reichen arm rechnen, sei der Verweis auf die Einkommensteuerstatistik, wonach etwa die obersten 20 Prozent der Steuerbürger über 70 Prozent des Gesamtaufkommens stemmten. Dabei würde allerdings verschwiegen, dass die Reichen keineswegs übermäßig belastet würden, denn selbst Spitzenverdiener zahlten im Durchschnitt nur 23,8% an Steuern auf ihr Einkommen.

Herrmann geht in weiteren Kapiteln dem Phänomen nach, warum sich die Mittelschicht so willig täuschen lasse. Als einen Grund nennt sie, dass die Nachkriegszeit und das Wirtschafts-

wunder mental fortwirkten, die zu einem beispiellosen (relativen) Wohlstand in allen Schichten führten. Obwohl die sozialen Hierarchien in letzter Zeit wieder bewusster wahrgenommen würden, ordneten sich noch immer fast alle Bundesbürger der Mittelschicht zu.

Seit zwei Jahrzehnten sinkende Reallöhne, ja sogar 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit hätten keinen Lernprozess ausgelöst, denn inzwischen sei jeder »drinnen«, der als Arbeitsloser nicht »draußen« sei (88). Ausgerechnet die Massenarbeitslosigkeit verleite die Beschäftigten der Mittelschicht dazu, sich mit der Elite zu identifizieren.

Die Verachtung für die Unterschicht wachse sogar, je stärker der eigene ökonomische Status bedroht werde. Die Gesamtstimmung in Deutschland sei: »Wer arm ist, muss sich den Verdacht gefallen lassen, eventuell ein Betrüger zu sein« (130). Dieser uralte und nicht nur in Deutschland verbreitete Generalverdacht sei mit der Agenda 2010 offizielle Regierungspolitik geworden.

Hartz IV verlagerte die Schuld an der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosen und transportierte die unerschwingliche Botschaft, dass die Steuern vor allem an die Unterschicht umverteilt würden. Und als der Staat zur scheinbaren Lobbyveranstaltung für die Armen diskreditiert war, hätten auch viele in der Mittelschicht jede Steuersenkung als legitim betrachtet, obwohl diese davon gerade nicht profitiert habe und jetzt mit ihren (Mehrwert-)Steuern die Zinsen für die dadurch entstandenen Staatsschulden bezahlen dürfe.

»Umverteilung« sei in Deutschland ein »Tabuwort«, aber es werde permanent umverteilt – bisher allerdings von unten nach oben (179). Die Finanzkrise verstärke den Umverteilungsprozess: Zum einen, weil der Staat das Vermögen der Eliten rettete, indem er die Banken gestützt hat. Zum anderen, weil der Staat dafür Schulden aufnehmen musste und diese Kredite wiederum vor allem von den Eliten gewährt würden, die dafür die Zinsen kassierten.

Am Schluss ihres Buches plädiert Herrmann für einen »New Deal« à la Roosevelt. Ein starker Staat solle dafür sorgen, dass alle Schichten am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teilhaben könnten.

Wolfgang Lieb

Die Langfassung dieser Rezension findet sich unter: www.nachdenkseiten.de

Fritz Schwarz: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker (Band I), Synergia Verlag Darmstadt 2010, 300 S., geb., 24,90 € [D], 25,90 € [A], 39,80 CHF

Aus der Geschichte können wir lernen, dass der Aufstieg von Hochkulturen meist unmittelbar mit der Benutzung von Zahlungsmitteln zusammenhängt. So resultiert auch der Niedergang einer Kultur meist aus Fehlentwicklungen bei der Geld-Benutzung. Geld sollte ein Tauschmittel sein, es kann nicht "arbeiten" und Zinserträge bringen, ohne dass dies nachhaltig schädigende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hat.

Heute sind nicht nur einzelne Volkswirtschaften bedroht, sondern die Weltwirtschaft droht zusammenzuberechnen und die Menschheit als solche ist in ihrer Hochkultur bedroht. Da kommt die Neuauflage von Fritz Schwarz' Hauptwerk, das erstmals 1925 erschienen ist, gerade recht. Neben einführenden grundsätzlichen Überlegungen zum Geld und seinen Wirkungen bietet das Buch einen Gang durch die monetäre Geschichte: angefangen in der altjüdischen Zeit, bei den Ägyptern und Persern, über Griechenland und Rom, von Karl dem Großen bis zur Renaissance und zum Merkantilismus, über die Rolle des Geldes in der Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Wirkung neuer Goldfunde, bis hin zu den »bösen Siebziger- und Achtzigerjahren« des 19. Jahrhunderts, die Schwarz' eigenes Leben und sein Interesse für die Geldordnung stark geprägt haben, und den Finanz- und Wirtschaftskrisen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Buch bietet auch 85 Jahre nach seinem ersten Erscheinen noch viel Informatives und zahlreiche Anknüpfungspunkte zur aktuellen Situation.

Der Autor, einer der bekanntesten Schweizer Freiwirte, hat sich bis zu seinem Tod 1958 als Verleger, Autor und Politiker für die Ideen der Geld- und Bodenreform stark gemacht. Sein Engagement und sein Herzenswunsch nach einer besseren Welt sind deutlich spürbar und werden jeden Leser berühren.

Beate Bockting





Aufnahmeantrag

Name _____ Straße & Hausnummer _____

Postleitzahl & Ort _____ Telefon & E-Mail-Adresse _____

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg**

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 € gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konto-führenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bestellformular

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 3,50 € Versandkosten.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

ggf. Artikelbezeichnung _____ ggf. Anzahl _____

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

Bernd Senf

Der Nebel um das Geld – Ein Aufklärungsbuch

Bernd Senf war von 1973-2009 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für

Wirtschaft in Berlin. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der allgemeinverständlichen Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Wie wichtig ein reibungsloser Geldfluss ist, warum der Zins ein destruktives Mittel der Sicherung des Geldumflaufs ist, und welche grundlegenden Veränderungen des Geldsystems erforderlich sind, um die von ihm hervorgerufenen Krisen zu vermeiden, davon handelt dieses Buch.



Gauke Verlag, 10. Auflage, 254 Seiten, 22 €

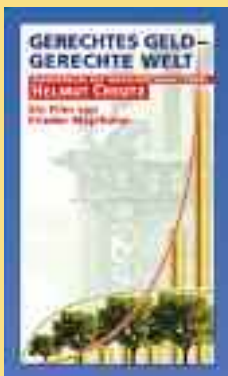
DVDs im Doppelpack

»Der Geist des Geldes« und »Gerechtes Geld, gerechte Welt«



»Der Geist des Geldes« von Yorick Niess ist eine aufrüttelnde Dokumentation über die Erfindung Geld und ihre Folgen für die Menschheit. Über ein Jahr lang hat Niess das Geld erforscht und aktuelle Trends gesammelt. 3000 Jahre Geschichte im Zeitraffer, namhafte Experten und faktenreiche Kritik an den Auswirkungen werfen zahlreiche spannende Fragen auf und zeigen, dass Geld mehr ist, als es zu sein scheint.

Laufzeit: 85 Min., Bonusmaterial 40 Min.



»Gerechtes Geld, gerechte Welt« ist ein Film von Frieder Mayrhofer über die Erkenntnisse des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz, der es vermag, die Fehler unseres Geldsystems mathematisch klar mit übersichtlichen grafischen Darstellungen und in verständlicher Sprache offen zu legen. Creutz entlarvt die falsche Wissenschaftlichkeit einer Wirtschaftswissenschaft, die das fatale Problem unbeschränkten Wachstums in unserem begrenzten Lebensraum nicht wahrzunehmen bereit ist.

Laufzeit: 67 Min.

Preis für beide DVDs zusammen: 20 €

Vladimir Svitak

Strukturen des Aufbruchs

Die bisherigen Bemühungen, zentrale Weltprobleme zu lösen, sind in vielen Bereichen ohne gewünschten Erfolg geblieben. Das vorliegende Buch verbindet konservative Wege mit visionären Neuerungen. Die Art des Querdenkens der Autoren ist nicht nur nützlich, sondern für jeden kreativen Prozess unverzichtbar. In den Beiträgen werden Strategien vorgestellt, die bis an die Wurzeln der Probleme gehen. Unternehmer, Wissenschaftler, Politiker sowie die Bevölkerung im allgemeinen können dem Buch Impulse entnehmen, die zur Lösung der Kernprobleme beitragen.

Hirzel Verlag, 206 Seiten, 7 €



Rettung jetzt noch günstiger!

Rettungspaket extra

Das große Rettungspaket gibt es statt für bisher 40 € jetzt für 35 €. Die Rettungspakete der INWO (ent)halten, was sie versprechen, und sind deutlich günstiger als die der Bundesregierung. Wir bieten damit eine besonders preiswerte Zusammenstellung von Materialien mit Inhalten, die mehr zu bieten haben als ein bisschen Regulierung und Rettung hier und da. In diesem Fall ...

- Basisheft FAIRCONOMY
- Audio-CD »Das Wunder von Wörgl«
- Standpunkt 2 »Fließendes Geld«
- DVD »Der Geist des Geldes«
- Broschüre »Perspektiven fließenden Geldes«
- DVD »Gerechtes Geld – Gerechte Welt«
- Buch »Neues Geld – neue Welt«



Unser Normalpreis beim Kauf der einzelnen Produkte: 46 €
Unser Paketpreis inkl. Versand innerhalb Deutschlands: 35 €

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02,
E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.